

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 8 · 42. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 20.7.2011

Präsident zu Gast

S. 3

Bundespräsident Wulff auf Antrittsbesuch im Landtag Nordrhein-Westfalen. Dabei traf er das Präsidium und die Spitzen der Fraktionen, aber auch Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Bundesland.

Plan für WestLB

S. 4-5

Die Landesbank wird aufgespalten, ein Stück Nordrhein-Westfalen ist Geschichte. Nach kontroverser Debatte stimmte am Ende eine große Mehrheit dem zwischen den Eigentümern vereinbarten Umbauplan zu.

Pakt für Bildung?

S. 9-13

Die Herausforderung: Kindern bestmögliche Bildung für ihre Zukunft vermitteln. Die Frage: Gibt es trotz unterschiedlicher Ansichten am Ende doch eine politische Einigung über neue Schulformen?

Plädoyer fürs Ehrenamt **S. 17**

Einige tun es dauerhaft, andere hin und wieder: Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich vor Ort, in Vereinen oder für zeitlich befristete Projekte. Fachleute erörterten Fördermöglichkeiten.

Neue Formeln

Der Landtag und die Zukunft der Schule

Schlüsselrolle für Zukunftsfragen

Bildung legt den Grundstein für persönliche Erfolgchancen, aber auch für die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt. Kein Wunder also, dass um die richtigen Wege in der Bildungspolitik traditionell mit viel Engagement gerungen wird. So ist die Schullandschaft generell einer gewissen Bewegung ausgesetzt, muss sich an gesetzliche Neuerungen anpassen und im laufenden Prozess Weichen anders stellen. Das ist eine Herausforderung für Schulträger, Lehrkräfte, Schülerinnen, Schüler und Eltern. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach einem Schulkonsens verständlich.

VERÄNDERUNG UND KONSENS

Folgt daraus, alles so lassen, wie es ist, damit alle Beteiligten einmal durchatmen und sich an bestehende Rahmenbedingungen gewöhnen können? Der durch den demographischen Wandel bedingte Schülerrückgang zwingt zum Handeln. Vor allem ländliche Kommunen bekommen die Probleme zu spüren, wollen aber ein wohnortnahes Schulangebot aufrechterhalten. Der Landtag versucht deshalb derzeit, die sprichwörtliche Eier legende Wollmilchsau aufzuspüren: nachhaltige Veränderungen zu ermöglichen und trotzdem einen Weg zu finden, den eine möglichst breite Mehrheit gemeinsam trägt.

So propagieren Verfechter des gegliederten Schulsystems inzwischen auch die Möglichkeit eines organisatorischen Verbunds von Haupt- und Realschule. Anhänger der Gemeinschaftsschule haben diese zunächst nicht gesetzlich verordnet und stattdessen Kommunen die Möglichkeit gegeben, sie im Rahmen eines Schulversuchs zu erproben. Das kann aber kein Weg auf Dauer sein, wie nun auch ein Gericht festgestellt hat.

Deshalb steht der Landtag jetzt vor der Aufgabe, Möglichkeiten für eine dauerhaft stabile Schulstruktur auszuloten und gesetzlich zu verankern (Seite 9). Je breiter die Unterstützung für eine solche Lösung ausfällt, desto größer ist die Chance auf einen Schulkonsens in NRW.

Auch in einzelnen Sachfragen gibt es alle Hände voll zu tun. So warten die Eltern von Kindern mit Behinderungen darauf, dass die Politik die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzt. Deutschland steht in der Pflicht, gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen (Seite 10). Auch die Frage eines islamischen Religionsunterrichts ist nach wie vor aktuell. CDU, SPD und Grüne haben sich auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf verständigt (Seite 11). Welche Antworten die einzelnen Fraktionen auf weitere Fragen der Schulpolitik geben, lesen Sie auf den Seiten 12 und 13. Kurz vor der Zeugnisvergabe sind für Eltern, Kinder und Jugendliche Schulfragen naturgemäß aktuell. Für sie wie auch für die parlamentarische Arbeit gilt aber: Nach den Schulferien ist vor den Schulferien.

SOW



Schwerpunkt: Zukunft der Schule

Konflikt und Konsens	9
Gemeinsam lernen – mit und ohne Behinderung	10
„Keine Krücke, sondern eine Brücke“	11
Schlag auf Schlag	12-13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Hoher Besuch: „Herausgehoben“	3
Aus dem Plenum:	
Finanzen: Die WestLB ist Geschichte	4-5
Kommunales: Mehr Möglichkeiten an der Wahlurne ...	6
Energie: Atomausstieg. Und jetzt?	7
Inneres: Mehrheit macht mehr Mitsprache möglich	8
Aus den Ausschüssen:	
Verkehr: Schweigender Kunststoff	15
Meldungen	16
Gesellschaft: Freiwillig engagiert	17
Gesetzgebung	14
Jugend-Landtag: Schnupperkurs im Parlament	18-19
Aus den Fraktionen	20-21
Der Landtag vor Ort	22
Portrait: Armin Laschet (CDU)	23
Impressum	23
Termine	24

„Herausgehoben“

Bundespräsident Wulff lobt Landtag von NRW

13. Juni 2011 – Gespräche mit Spitzenpolitikern standen ebenso auf seinem Programm wie Begegnungen mit Schülerinnen und Schülern: Bundespräsident Christian Wulff kam bei seinem offiziellen Besuch in Nordrhein-Westfalen auch in den Landtag. Parlamentspräsident Eckhard Uhlenberg und die anderen Präsidiumsmitglieder Carina Gödecke (SPD), Oliver Keymis (GRÜNE), Angela Freimuth (FDP) sowie Gunhild Böth (LINKE) begrüßten das deutsche Staatsoberhaupt. Pünktlich um 11.25 Uhr war Wulff zusammen mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) vor dem nordrhein-westfälischen Parlamentsgebäude eingetroffen – begleitet vom Applaus der Landtagsbesucher und -beschäftigten.



Im Plenarsaal trug sich der Bundespräsident in das Gästebuch des Landtags ein. Dort begegnete er auch 118 Schülerinnen und Schülern von Schulen aus Wetter, Dormagen, Arnsberg und Xanten, die am Informationsprogramm des Landtags teilnahmen. Denjenigen Schüler, der dabei den Sitz der Ministerpräsidentin einnahm, ermunterte Wulff zum Durchhalten – er selbst habe es auch erst im dritten Anlauf geschafft, Ministerpräsident in Niedersachsen zu werden.

Im Empfangsraum des Landtagspräsidenten begrüßte Wulff die Fraktionsvorsitzenden Karl-Josef Laumann (CDU), Norbert Römer (SPD), Reiner Priggen (Grüne), Dr. Gerhard Papke (FDP) sowie Wolfgang Zimmermann (Linke) vor und hieß den Bundespräsidenten im Namen aller 181 Abgeordneten des Landtags nochmals herzlich willkommen.

Uhlenberg zeigte sich besorgt über die abnehmende Wahlbeteiligung. Dies müsse für alle Demokraten Ansporn sein, für lebendige Parteien und Parlamente zu sorgen. Gerade auch in der besonderen Situation des aktuellen Landtags NRW müssten die Abgeordneten alles daran setzen, die Weichen für eine gute soziale, ökonomische und ökologische Zukunft des Landes zu stellen, so Uhlenberg.

APPELL AN DEMOKRATEN

Bundespräsident Wulff zeigte sich besorgt über den Ansehensverlust von Politikerinnen und Politikern. Besonders wichtig sei ihm der Zusammenhalt der Gesellschaft, die sich nicht in Arm und Reich, in Einheimische und Zugewanderte auseinanderdividieren lassen dürfe. Die Bereitschaft

zu Solidarität und Zusammenarbeit sei ganz entscheidend von dem Gefühl in der Bevölkerung abhängig, dass es gerecht zugehe bei der Verteilung von Lasten. Es sei eine echte Herausforderung für alle Demokraten, in der Gesellschaft wieder ein Klima der Fairness herzustellen.

Bei dem Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden und den Mitgliedern des Landtagspräsidiums stellte der Bundespräsident Übereinstimmung in der Beurteilung vieler gesellschaftlicher Entwicklungen fest und erneuerte sein Angebot zur Zusammenarbeit mit dem NRW-Parlament in wichtigen Fragen. Die Politik müsse wegkommen von bloßen Inszenierungen. Es gehe um eine Revitalisierung der Parlamente; im Ringen um den besten Weg bedürfe es generell eines neuen Klimas. Aufgrund der Größe des Landes habe der Landtag Nordrhein-Westfalen hier eine herausgehobene Position. *Hans Zinnkann*



Die WestLB ist Geschichte

Am Ende große Mehrheit für Restrukturierungsplan

30. Juni 2011 – „Verantwortung“ war der meist gebrauchte Begriff in der Debatte über die Unterrichtung der Landesregierung zur Restrukturierung der Westdeutschen Landesbank (WestLB). Am 23. Juni hatten die Eigentümer, nämlich Land und Sparkassenverbände, einem entsprechenden Eckpunktepapier zur Aufteilung der Bank zugestimmt. Kernpunkt der Aussprache im Landtag war die 1 Milliarde Euro, für die das Land mindestens eintreten muss. Während die Landesregierung die Finanzierung dieses Betrags offenlassen wollte, forderte die CDU als größte Oppositionsfraktion eine Verknüpfung mit entsprechenden Einsparungen in den künftigen Haushalten. Die Debatte stand unter zeitlichem Druck – musste die Bundesregierung doch bis zum Abend die Pläne zum Umbau der WestLB nach Brüssel melden. CDU, SPD und Grüne hielten hier ein politisches Signal des Landtags für notwendig.

„Wir besiegeln das Schicksal einer immer noch großen und einst auch sehr stolzen Bank“, sagte Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD). Ohne diesen Schritt drohe allerdings eine Erschütterung der Finanzarchitektur mit unabsehbaren Folgen. Die gefundene Lösung dürfe daher nicht an parteipolitischem Kalkül scheitern, appellierte der Minister vor allem

an die CDU. Laut Vorgabe aus Brüssel dürften die Sparkassen aus der Schaffung der Verbundbank keinen Vorteil ziehen. Vor diesem Hintergrund bewertete Walter-Borjans die vereinbarte Lastenverteilung als fair und ausgewogen. Man müsse jetzt ein von einer breiten Mehrheit getragenes Signal nach Brüssel senden.

Aus staatspolitischer Verantwortung stimme man der jetzt gefundenen Lösung zu, so CDU-Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann. Allerdings dürfe man die schmerzhaften Belastungen nicht der kommenden Generation aufbürden. Von daher fordere die CDU eine Verknüpfung der Zustimmung zum Restrukturierungsplan mit der Haushaltskonsolidierung. Die gefundene Lösung kehre die Scherben der von der Sozialdemokratie geprägten WestLB zusammen, hatte der CDU-Sprecher zuvor kritisiert. Sie sei tragfähig, aber hinsichtlich der Lastenverteilung zwischen den Eigentümern unausgewogen. Die übrigbleibende SPM-Bank (siehe Infokasten), für die das Land hafte, bezeichnete Laumann als „Müllcontainer“.

„Da ist nicht alles immer gut gelaufen“, kommentierte Norbert Römer (SPD) die Geschichte der Bank. Allerdings erinnerte er auch an ihre Leistungen beim Strukturwandel in den 80er- und 90er-Jahren. Die nun gefundene Lösung sei jedenfalls ausgewogener als die Aufteilung der Garantien für die besonders risikoreichen Wertpapiere der WestLB unter der ehemaligen schwarz-gelben Regierung. „Kommen Sie heraus aus dieser Fundamentalopposition“, wandte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende an die CDU. Es gelte nun, mit großer Mehrheit zu signalisieren, dass der Landtag seine Verantwortung übernehme. Eine Verknüpfung mit der Haushaltspolitik lehnte Römer allerdings ab.

Er sehe zur getroffenen Vereinbarung keine vernünftige Alternative, betonte auch Reiner Priggen (Grüne). So sei es zum Beispiel nicht gelungen, die WestLB als Ganzes zu verkaufen. Auch der Grünen-Fraktionschef erinnerte an die Absicherung der risikoreichen Wertpapiere der WestLB durch die vormalige CDU/FDP-



Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Rüdiger Sagel (Linke)

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

Fotos: Schälte

Regierung. Vor diesem Hintergrund müssten diese Fraktionen sich auch zu ihrer Verantwortung für die Landesbank bekennen. Des Weiteren werde der vorliegende Plan zur Aufteilung der WestLB ja auch von der gegenwärtigen schwarz-gelben Bundesregierung mitgetragen. Auch Priggen wandte sich gegen einen Antrag, der die Lösung für die WestLB mit dem Haushalt verbinde.

Das Drama werde erst richtig beginnen, prophezeite **Dr. Gerhard Papke**, Vorsitzender der FDP-Fraktion, hinsichtlich der Aufteilung der WestLB – ein Drama für die Beschäftigten wie auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die FDP habe allerdings immer vor international tätigen Großbanken im Besitz der öffentlichen Hand gewarnt. Aufgrund der unausgewogenen Lastenverteilung zwischen Land und Sparkassen – insbesondere bei der Verantwortung für die Belegschaft – könne seine Fraktion der jetzigen Lösung nicht zustimmen. Diese Verteilung störe im Übrigen den Bund relativ wenig; dieser sei einfach froh, ein Beihilfverfahren seitens der EU-Kommission vom Tisch zu wissen.

Eine „Geschichte des Desasters“ sah **Rüdiger Sagel** (Linke) in der Entwicklung der nordrhein-westfälischen Landesbank. Die verabredete Lösung enthalte zu viele offene Fragen, kritisierte der Abgeordnete. So gebe es weder eine Untersuchung der bestehenden Verpflichtungen noch eine Abschätzung der Risiken bezüglich der kommenden Haushalte. Vor allem vermisste der Linken-Sprecher ein Zukunftskonzept für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Demgegenüber habe man eine Haftung der für das Management verantwortlichen Banker versäumt. Aus seiner Sicht herrsche hinsichtlich der angestrebten Restrukturierung der Landesbank „eine Mauer des Schweigens“, so Sagel.

„Es ist die Zeit, Verantwortung zu übernehmen“, rief **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD) die Oppositionsfraktionen auf, der nun skizzierten Lösung für die WestLB zuzustimmen. Angesichts der Auswirkung auf die Finanzmärkte, auf Brüssel, auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie auf die Zukunft der Sparkassen bewertete Kraft die Abstimmung als „historisch“. Eine Rückendeckung durch

den Landtag erwarte schließlich auch der CDU-Bundesfinanzminister.

ABSTIMMUNG

Am Ende der Debatte fanden zunächst weder die Anträge von CDU (Drs. 15/2253) noch von FDP (Drs. 15/2275) oder von SPD und Grünen (Drs. 15/2277) eine Mehrheit. Am frühen Abend wurde das Thema WestLB dann nochmals aufgerufen und über einen neuen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grüne abgestimmt (Drs.15/2281). Dieser fand gegen die Stimmen von FDP und Linken eine Mehrheit.

In einer erneuten Ausspracherunde machte die CDU nochmals deutlich, dass sie aus staatspolitischer Verantwortung das Signal an Brüssel mittrage, aus landespolitischer Verantwortung aber auf der Verknüpfung kommender Gesetze mit der Haushaltskonsolidierung bestehe. SPD und Grüne zeigten sich erleichtert, dass eine deutliche Mehrheit habe erreicht werden können. Die FDP hielt die Aufteilung der Lasten für unausgewogen, die Linken forderten mehr Garantien für die Beschäftigten der heutigen WestLB. *cw*



Reiner Priggen (Grüne)

Der Umbau der WestLB im Einzelnen

Aus der bisherigen WestLB, die je zur Hälfte Land und Sparkassen gehört, soll nach dem Eckpunktepapier am 30. Juni 2012 das Sparkassenverbundgeschäft einschließlich des mittelständischen Firmenkundengeschäfts mit einer Bilanzsumme von 40 bis 45 Milliarden Euro und rund 400 Beschäftigten herausgelöst werden. Es soll vollständig in die Verantwortung der Sparkassenverbände und der Sparkassen-Finanzgruppe übergehen. Die Sparkassenseite wird diese Verbundbank mit Kapital in Höhe von 1 Milliarde Euro ausstatten. Das Land darf an ihr nicht beteiligt sein.

Bis zum 30. Juni 2012 soll die WestLB weitere Teilbereiche veräußern. Die nicht verkäuflichen Geschäftsfelder werden nach diesem Stichtag an die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) übertragen.

Der anschließend noch verbleibende Teil der WestLB wird als sogenannte Service- und Portfoliomanagement-Bank (SPM-Bank) weitergeführt, die künftig für die Verbundbank, die EAA und gegebenenfalls für Dritte Serviceleistungen erbringen soll. Die SPM-Bank übernimmt die Personalverantwortung.

Die Lasten der SPM-Bank sollen die nach Abspaltung der Verbundbank verbliebenen Eigenmittel ausgleichen. Das Land übernimmt eine Haftung von 1 Milliarde Euro. Der Beitrag des Bundes zur Restrukturierung der WestLB beläuft sich unverändert auf 3 Milliarden Euro.

Gerechnet wird, dass am Ende von 4.400 Beschäftigten noch rund 2.600 in den beiden neuen Strukturen Verbundbank und SPM-Bank weiterbeschäftigt werden.

Dieser Plan muss noch von der EU-Kommission genehmigt werden.

Mehr Möglichkeiten an der Wahlurne

FDP fordert stärkeren Bürgereinfluss auf das politische Personal im Rathaus

29. Juni 2011 – Kumulieren und Panaschieren: Was irgendwie niedlich klingt, soll den Bürgerinnen und Bürgern mehr Einfluss auf ihre kommunale Vertretung geben. Die FDP-Fraktion fordert in einem Antrag (Drs. 15/2081), nach niedersächsischem Vorbild allen Wahlberechtigten bei Kommunalwahlen je drei Stimmen zu geben. Diese sollen sie unterschiedlichen Kandidatinnen, Kandidaten oder Parteien geben können. Das Aufteilen der Stimmen nennt sich Panaschieren. Kumulieren dagegen bedeutet, mehrere Stimmen einer Person zu geben, um diese besonders zu unterstützen. Bisher haben die Wählerinnen und Wähler nur eine Stimme – für die Direktkandidatin oder den Direktkandidaten einer Partei.

Derzeit hätten die Bürgerinnen und Bürger nur marginalen Einfluss darauf, wer sie vor Ort konkret in den Kommunalparlamenten vertrete, erklärte **Horst Engel** (FDP). Kaum ein Bundesland halte noch an diesem „antiquierten Prinzip“ fest. Kritikern des Kumulierens und Panaschierens entgegnete der Abgeordnete, selbst in Bayern und Baden-Württemberg, wo die Wählerinnen und Wähler bis zu 60 Stimmen verteilen könnten, stoße das Modell auf breite Akzeptanz. Für NRW schlage die

westfälische Wahlsystem anwendbar sei. Nicht zuletzt könnte es Einzelpersonen zu Populismus verleiten, warnte er.

Über die Einigkeit mit seinem Vorredner freute sich **Hans-Willi Körfges** (SPD). In NRW mit seinen Großstädten, meinte er, würde ein solches Wahlsystem größere praktische Schwierigkeiten beim Wählen verursachen. „Wir sind viele Jahre mit unserem Kommunalwahlrecht deshalb gut gefahren, weil es eine gute Kombi-

ständig konstruktiv im Ausschuss darüber beraten.“ Der Grüne zählte zudem Maßnahmen wie die Wiedereinführung der Stichwahl auf, die die rot-grüne Landesregierung auf den Weg gebracht habe, um mehr Bürgerbeteiligung möglichst zu machen.

„Im Grundsatz sind wir bei Ihnen“, sagte **Özlem Alev Demirel** (Linke) zur FDP-Fraktion. Offene Fragen sah sie dennoch. Vorteile wie mehr direkte Demokratie, bessere Chancen für lokal gut verankerte Personen und auch für Querdenker, die es manchmal in Parteien schwer hätten, stellte sie möglichen Nachteilen gegenüber. In dem Zusammenhang bemerkte die Linke, dass das komplexere Wahlsystem abschrecken und Sehbehinderte benachteiligen könne. Zudem seien bei kleinen Parteien Zufallsergebnisse möglich, „die nicht weit vom Auswürfeln entfernt sind“. Auch die Gefahr eines personenzentrierten Wahlkampfs zulasten der Inhalte gab ihr zu denken.

Innenminister **Ralf Jäger** (SPD) zeigte sich skeptisch. Die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens nutzten in den betreffenden Bundesländern nur die Hälfte der Wahlberechtigten



FDP eine schlanke Variante vor, bei der drei Stimmen zu vergeben seien und alternativ traditionelles Wählen über ein einziges Kreuz für die Gesamtliste einer Partei weiterhin möglich bleiben solle.

Benedikt Hauser (CDU) warb dagegen für Vertrauen in die Parteien. Er sah sie in der Lage, bei der Zusammensetzung ihres Teams Qualitätskriterien anzuwenden und dabei demographische und soziale Kriterien zu berücksichtigen. Insgesamt fand er es schwierig zu beurteilen, ob das vorgeschlagene Verfahren tatsächlich zu mehr Demokratie führe. Er verwies nicht nur auf einen immensen Verwaltungsaufwand, ungültige Stimmen und ein längeres Auszählen der Stimmen. Auch zweifelte er, ob das Kumulieren und Panaschieren auf das nordrhein-

nation zwischen Parteipräferenz auf der einen Seite und Würdigung von persönlicher Verantwortlichkeit in Wahlkreisen auf der anderen Seite bietet“, erklärte der Sozialdemokrat. Seine Fraktion stehe dem Antrag daher äußerst skeptisch gegenüber und unterstütze das System der persönlichen Zuständigkeit von direkt gewählten Personen.

Ein Jahr nach Ende der Regierungsbeteiligung der FDP lege sie nun einen Antrag vor, der eine Forderung enthalte, die die FDP in der Regierung nicht habe umsetzen können, sagte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne). „Sie haben eine Methode gewählt, einen Antrag einzubringen, wenn eine Ablehnung sicher ist“, zeigte er sich irritiert und erklärte weiter: „Das ist eine komische Methode, aber wir werden selbstver-

oder noch weniger. Auch erlaube der mangelnde Bekanntheitsgrad der Kandidatinnen und Kandidaten kein wirkliches Auswahlverfahren. Schließlich bedeute eine sinkende Wahlbeteiligung keinen demokratischen Zugewinn, spielte der Minister auf die Erfahrung aus Bremen an. Am schnellsten, zitierte er weiter dortige Erkenntnisse, sinke die Wahlbeteiligung bei wenig gebildeten Menschen. Offenbar begünstige das Modell gebildete Wählerinnen und Wähler, kritisierte er. sow

Weitere Beratung

Der Kommunalausschuss soll nun den Antrag (Drs. 15/2081) weiter beraten und nach Beratungsabschluss über ihn abstimmen.

Atomausstieg. Und jetzt?

Landtag diskutiert über Energiekonzept der Bundesregierung

30. Juni 2011 – Energie, Energie und nochmals Energie: Gleich drei Anträge zum schrittweisen deutschen Atomausstieg haben die Abgeordneten im Landtag diskutiert. Während die FDP den Neubau von Gas- und Kohlekraftwerken als Brücke hin zu mehr erneuerbaren Energien fordert (Drs. 15/2215), geht den Linken der Berliner Atomausstieg nicht schnell genug (Drs. 15/2204). Und auch SPD und Grüne plädieren für Nachbesserungen am schwarz-gelben Energiekonzept (Drs. 15/2214). Nach einem dreimonatigen Moratorium hatte die Bundesregierung Anfang Juni den Ausstieg für deutsche Atommeiler bis zum Jahr 2020 beschlossen.

„Niemand darf sich aus der Verantwortung stehlen, kein Bundesland und auch keine Partei“, sagte **Dietmar Brockes** (FDP). Der beschleunigte Atomausstieg bringe eine Stromlücke mit sich, die Deutschland durch andere Quellen verlässlich und bezahlbar schließen müsse. Es sei daher wichtig, Kraftwerke systematisch zu erneuern – nicht zuletzt auch, um die Umwelt zu schützen. Im Gegensatz zum Umweltminister habe die Ministerpräsidentin scheinbar erkannt, dass Kohle als Brücke hin zu erneuerbaren Energien doch notwendig sei. Gleichzeitig kritisierte Brockes das von Linken und Grünen geforderte Ende der Urananlage Gronau: Dort finde doch gar keine Kernspaltung statt.

„Es ist schon abenteuerlich, wenn sich jemand von der FDP für den Atomausstieg ausspricht und anderen Parteien Vorwürfe macht, der selber noch vor Kurzem für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken war“, reagierte **Rüdiger Sagel** (Linke). Auch wenn populistische Gründe den Ausschlag gegeben hätten, lobte er den Beschluss der Bundesregierung als einen Schritt in die richtige Richtung. „Mehr ist es aber auch nicht“, schränkte Sagel ein. Anstatt des halbherzigen Ausstiegs sei innerhalb der nächsten vier Jahre schon ein komplettes Ende möglich. In diesem Zusammenhang bedauerte er, dass die Anlage in Gronau offenbar noch bis zum Jahr 2017 weiterlaufen werde.

Die hohe Einwohnerzahl und die viele Industrie machten NRW zum Energieland Nummer eins, sagte **Thomas Eiskirch** (SPD). Strom müsse sicher und bezahlbar bleiben, um Jobs und Innovationskraft zu sichern. Das schwarz-gelbe Energiekonzept sei allerdings das schlechteste und wohl auch teuerste, das Deutschland je erlebt habe. Auch bleibe es weit hinter notwendigen Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien zurück. „Allein mit dem Ausstieg aus der Atomenergie ist die Energiewende zweifelsohne noch lange nicht erreicht“,

betonte Eiskirch. Er sei froh, dass der Bundesrat Nacharbeiten am Gesetzentwurf fordere – etwa beim Ausbau der Windenergie.

Auch **Wibke Brems** (Grüne) bedankte sich bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung für deren Einsatz im Bundesrat: „Um wirklich eine Energiewende schaffen zu können, ist ein schneller und ambitionierter Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig.“ Allerdings erstarre die Bundesregierung beim Ziel von 35 Prozent bis zum Jahr 2020. Zudem fehlten dieser die Ambitionen, den notwendigen Aus- und Umbau der Stromnetze zeitnah umzusetzen, kritisierte die Grüne. Als effiziente und klimaschonende Brücke hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien plädierte Brems für flexibel regelbare Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung – diese müssten intensiv gefördert werden.

„Manches hilft anderen Ländern, aber Nordrhein-Westfalen nicht“, kritisierte **Hendrik Wüst** (CDU) den Antrag von SPD und Grünen. Zudem fehle der Landesregierung eine klare Linie bei der Energie- und Wirtschaftspolitik. Der FDP-Antrag fokussiere da schon spannendere Fragen zum Atomausstieg: Wie viel dürfe Strom kosten? Was sei den Menschen auch in Sachen zusätzlicher Windräder auf dem Land zuzumuten? „Es wird jede Menge Konflikte geben, die uns auch eine ganze Zeit lang beschäftigen werden“, betonte Wüst. Deutschland müsse für die Energiewende Großes leisten. „Dazu müssen alle Parteien bei allen Konflikten ein Stück weit zurück von ihren alten Forderungen.“

„Der Atomausstieg ist heute fast schon Geschichte“, meinte **Umweltminister Johannes Remmel** (Grüne). Nun gehe es um die Zukunft. Die beschleunigte Energiewende verlange Mut, Augenmaß, Fantasie, Realitätssinn und Verantwortung. Alle Menschen im Land müssten bei diesem Transformationsprozess mitspielen, betonte der Minister. Gleichzeitig forderte er eine Novelle des Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetzes, den Ausbau der Stromnetze und einen deutlich höheren Anteil alternativer Energieformen für NRW: „Wenn Bayern in acht, neun Jahren einen Anteil von mehr als 50 Prozent erneuerbarer Energien erreichen will, zeigt das, in welchem Wettbewerb wir uns zukünftig befinden.“ *bra*

Mehrheit macht mehr Mitsprache möglich

Landtag stärkt die Rechte der Personalräte im öffentlichen Dienst

29. Juni 2011 – Zu Beginn der Wahlperiode letzten Sommer hatten SPD und Grüne die Landesregierung aufgefordert, die Mitbestimmungsrechte der Personalräte von Landesbeschäftigten zu verbessern. Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hatte diese im Jahr 2007 verringert. Nun hat der Landtag einen veränderten Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 15/1644) verabschiedet, der über die ursprünglichen Regelungen vor 2007, zudem auch über den ersten Novellenentwurf der Regierung hinausgeht. Er enthält beispielsweise einen ausgeweiteten Beschäftigtenbegriff und mehr Freistellungsmöglichkeiten für Personalräte. Die CDU vermisste politischen Konsenswillen.

Es gebe keinen Hinweis darauf, dass die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst zuletzt nicht funktioniert habe, erklärte **Peter Preuß** (CDU). Obwohl die CDU im Vorfeld erklärt habe, Änderungen für mehr Mitbestimmung zu unterstützen, seien SPD und Grüne offenbar nicht an einer Einigung interessiert gewesen und hätten kurzfristige Änderungen zum Gesetzentwurf vorgelegt, die weit über den Zustand vor 2007 hinausgingen, bemerkte er. Außerdem sei klar nachzuweisen, dass die Änderungen aus der Feder des DGB stammten. „Wo kommen wir denn eigentlich hin, wenn die Interessenverbände die Gesetze vorschreiben?“

Vor 35 Jahren habe die Sozialdemokratie für das Mitbestimmungsgesetz gesorgt, und heute werde NRW wieder zum Mitbestimmungsland Nummer eins, freute sich **Thomas Stotko** (SPD) über einen „historischen Tag“. Er war für die SPD

Fotos: Schälte

Peter Preuß (CDU)



Thomas Stotko (SPD)

stolz darauf, gemeinsam mit Gewerkschaften und Personalratsmitgliedern den Gesetzentwurf der Landesregierung noch verbessert zu haben. Nun sei das Landespersonalvertretungsgesetz ein Schritt hin zu einer modernen Verwaltung. Wer von den Beschäftigten erwarte, dass sie gesamtbetrieblich und gesamtverantwortlich dächten, dürfe sie auch nicht von Entscheidungsprozessen ausschließen, sagte der Abgeordnete.

SPD und Grüne hätten keine Angst vor starken Personalräten, sondern schätzten die Zusammenarbeit mit den Beschäftigten im Land, erklärte **Matthi Bolte** (Grüne). Mitbestimmung wertete er als unverzichtbaren Bestandteil der Demokratie. Den Vorwurf der CDU einer völlig unerwarteten Veränderung am Gesetzentwurf wies der Grüne zurück: Sie basiere auf Stellungnahmen von Sachverständigen in der Anhörung. Inhaltlich hob er an der Novelle Sanktionsrechte für beide Seiten hervor, größtmögliche Mitbestimmung bei Privatisierungsformen und einen erweiterten Schutzbereich, etwa für Beschäftigte in Leiharbeit.

Horst Engel (FDP) verwies auf SPD-regierte Bundesländer, die ein ähnliches Personalvertretungsrecht hätten wie das, was seine Fraktion gemeinsam mit der CDU in der vergangenen Wahlperiode erarbeitet habe. Mehr Freistellung für Personalräte bedeute Mehrarbeit für alle anderen Beschäftigten, argumentierte er. Außerdem schlage die geplante Ausweitung der Mitbestimmung im Landshaushalt mit über 10 Millionen Euro zu Buche und koste die Kommunen weitere 10 Millionen Euro. Unter Berufung auf die Präsidentin des Landesrechnungshofs verlangte Engel, Freistellungen für Personalräte zu verringern.

Wie die SPD dankte **Anna Conrads** (Linke) den Gewerkschaften und Berufsverbänden, aber auch den kritischen Stimmen aus der CDU. Aller-



Matthi Bolte (Grüne)

Horst Engel (FDP)

Anna Conrads (Linke)

dings habe diese nach wochenlanger Blockade einen Alternativvorschlag mit Verschlechterungen vorgelegt. „Wir als Linke haben an diesem nun deutlich verbesserten uns vorliegenden Gesetzentwurf unsere Handschrift hinterlassen“, stellte sie dem gegenüber. Ihre Fraktion hätte gern weitere Forderungen durchgesetzt, erklärte Conrads, halte den Kompromiss aber für tragbar. Um Mitbestimmungsland Nummer eins zu sein, müsse NRW jedoch generell aus Beteiligung Mitbestimmung machen.

„Heute wird hoffentlich eine Mitbestimmung beschlossen, die diesen Namen verdient, sodass Demokratie in Nordrhein-Westfalen nicht mehr an der Bürotür aufhört“, freute sich **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). In der Vergangenheit seien Beschäftigte im öffentlichen Dienst auf einen Kostenfaktor mit zwei Ohren reduziert worden. Das habe diejenigen, die unter Arbeitsverdichtung und Stellenkürzungen den Wandel tragen müssten, demotiviert. Der Minister bezog sich auf die Kosten der Mitbestimmung: Demokratie sei nicht umsonst zu haben, nicht in der Gesellschaft, nicht im Parlament und auch nicht im Unternehmen.

sow

Beschluss

Der Gesetzentwurf (Drs. 15/1644) wurde in der veränderten Form (Drs. 15/2218) mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP verabschiedet. Allerdings stimmte ein CDU-Abgeordneter für den Gesetzentwurf, ein weiterer enthielt sich. Den CDU-Änderungsantrag (Drs. 15/2266) lehnte eine Mehrheit aus SPD, Grünen, FDP und Linken ab.

Am Rednerpult:
Schulministerin Sylvia
Löhrmann (Grüne)

Konflikt und Konsens

Empfehlungen der Bildungskonferenz – eine Perspektive für die Schulpolitik?



Klaus Kaiser (CDU)



Renate Hendricks (SPD)



Sigrid Beer (Grüne)



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)



Bärbel Beuermann (Linke)

29. Juni 2011 – Ein halbes Jahr lang hat die von der Landesregierung eingesetzte Bildungskonferenz getagt, um Vorschläge für eine möglichst einvernehmliche Weiterentwicklung der Schule in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten. Das überparteiliche Gremium unter Beteiligung von mehr als 50 Verbänden hat nun Empfehlungen vorgelegt. Diese hat die Landesregierung zum Thema einer Unterrichtung im Landtag gemacht und gemeinsam mit dem Parlament diskutiert, wie es nun weitergehen soll. Dank galt den Beteiligten der Konferenz für die engagierte Arbeit an der Sache.

Fotos: Schälte

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) lobte die gemeinsam gefundenen Empfehlungen der Bildungskonferenz als Meilenstein auf dem Weg zu einem Schulkonsens. Sie sähen vor, Kinder individuell zu fördern, den Übergang zwischen zwei Schulformen zu erleichtern, den schulischen Ganztags auszubauen, die Eigenverantwortlichkeit der Schulen zu stärken und den Kommunen mehr Möglichkeiten zu geben, organisatorische Verbände unterschiedlicher Schulformen und auch integrative Zusammenschlüsse zu bilden. Nun sei es am Landtag, daraus Schlüsse zu ziehen, appellierte sie an die Abgeordneten, möglichst gemeinsam eine „historische Chance“ zu nutzen.

Für die CDU-Fraktion zählte Klaus Kaiser einige bildungspolitische Maßnahmen der schwarz-gelben Vorgängerregierung auf, an denen die Bildungskonferenz festhalten wolle. Für einen Schulkonsens stellte der Abgeordnete For-

derungen auf. Dabei war ihm der Erhalt von Gymnasium und Realschule ebenso wichtig wie die Zusage, die Gemeinschaftsschule nicht zu bevorzugen. Wert legte er zudem auf einen regionalen Konsens, um Konfrontationen vor Ort zu vermeiden. Für Grundschulen forderte er vor dem Hintergrund des demographischen Wandels neue Rahmenbedingungen. Die CDU habe sich bewegt, sagte der Abgeordnete. Nun sei die Landesregierung am Zug.

Als weise und moderat bezeichnete für die SPD Renate Hendricks die Empfehlungen der Bildungskonferenz. „Schulstrukturen stehen nicht unter Artenschutz“, antwortete sie auf ihren Vorredner und lehnte den Vorschlag ab, einzelne Schulformen in der Landesverfassung festzuschreiben. Es gelte nicht, das Gymnasium zu schützen, sondern den Schülerinnen und Schülern zu ihrem Recht auf optimale Bildung zu verhelfen. Zu-

sammenschlüsse von Haupt- und Realschulen machten wenig Sinn, wenn der Hauptschule die Nachfrage fehle, argumentierte die Abgeordnete unter Berufung auf CDU-Bürgermeister und warb für das Konzept der Gemeinschaftsschule.

Die Politik könne sich an dem ernsthaften Ringen um einen Konsens in der Bildungskonferenz eine Scheibe abschneiden, meinte Sigrid Beer (Grüne). Die Schulen, Eltern und Lehrkräfte hätten nun die Erwartung, dass auch politisch etwas geschehe, mahnte sie. „Wir dürfen sie nicht enttäuschen.“ Die Grüne wandte sich ebenfalls gegen eine Verfassungsänderung

zugunsten des Gymnasiums. Auch der Hauptschule habe ihr Bestandsschutz durch die Landesverfassung nichts genutzt – entscheidend sei das Elternverhalten. Beer kritisierte eine Verweigerungshaltung der FDP, die als einzige Landtagsfraktion nicht an der Bildungskonferenz teilgenommen habe.

Schulpolitik sei in einem demokratisch legitimierten Rahmen durch den Landtag zu gestalten, verteidigte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) die Haltung ihrer Fraktion. Sie verstand die Bildungskonferenz als Beruhigungsspielle und verwies auf kritische Stimmen von beteiligten Vertretungen. Allerdings ziehe sich durch die Empfehlungen des Gremiums wie ein roter Faden die individuelle Förderung, die schließlich die Vorgängerregierung ins Gesetz geschrieben habe. Pieper-von Heiden meldete Zweifel am Konzept der Gemeinschaftsschule an. „Das funktioniert nur auf dem Papier“, erklärte sie. Im Übrigen fehle dem Land für die Pläne der Regierung das Geld.

Bärbel Beuermann (Linke) hob die differenzierende Funktion von individueller Förderung hervor und antwortete damit auf ihre Vorrednerin: Nicht defizit-, sondern begabungsorientiert solle diese Förderung sein. Die Linksfraktion begrüße insgesamt die Empfehlungen der Bildungskonferenz, wünsche sich aber an vielen Stellen eine schnellere Umsetzung. Die Regierung stehe nun in der Verantwortung, die Bildungsempfehlungen in praktische Politik umzuwandeln. Dafür notwendige Mittel müsse das Parlament freigeben. Die Linke, betonte Beuermann, fordere generell eine Schule für alle Kinder. Dieses Wahlversprechen hätten auch SPD und Grüne gegeben.

sow

Gemeinsam lernen – mit und ohne Behinderung

CDU-Fraktion erinnert Landesregierung an einen einstimmigen Beschluss

29. Juni 2011 – Kinder mit und ohne Behinderungen sollen künftig gemeinsam lernen können. Dieses Prinzip der Inklusion schreibt die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen vor, die Deutschland ratifiziert hat. Ein einstimmiger Beschluss des Landtags verpflichtet die Landesregierung, entsprechende Rahmenbedingungen für die Schulen in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Nun hat die CDU-Fraktion einen Antrag vorgelegt, der an die Landesregierung appelliert, endlich tätig zu werden (Drs. 15/1793). In der Debatte verteidigten SPD, Grüne und Regierung einen sorgfältigen Prozess, in dem alle Betroffenen beteiligt würden.

Michael Solf (CDU) forderte die Schulministerin zum Handeln auf. Seine Fraktion wolle helfen, dass endlich etwas geschehe, schließlich sei man sich doch im Ziel einig. Er warf der Ministerin schuldhaftes Zögern vor. Es genüge nicht, auf die Verantwortung des Bundes zu verweisen. Zwar gebe es diese, aber das Land trage eine eigene. „Die betroffenen Menschen können Ehrlichkeit und einen klaren Zeitplan erwarten“, mahnte er. Auch Sofortmaßnahmen vermisste der Abgeordnete. Zumindest ein Beratungs- und Hilfestellungssystem für Eltern und Schulen hätte längst eingerichtet werden müssen, meinte er und forderte zudem Integrationshelferinnen und -helfer.

Irritiert reagierte Marlies Stotz (SPD) auf den Antrag der CDU, den sie für völlig überflüssig hielt. Gemeinsam habe man beschlossen, unter Einbeziehung aller Beteiligten Veränderungen zu schaffen, und die Landesregierung habe diesen Prozess unmittelbar in Gang gesetzt, eine Arbeitsgruppe im Ministerium eingerichtet und den Gesprächskreis Inklusion hinzugezogen. Den Inklusionsplan kündigte Stotz für dieses Jahr an. „Ich kann die CDU nur auffordern, den gemeinsam beschlossenen Weg nicht ohne Not

zu verlassen“, sagte die Abgeordnete. Außerdem habe gerade die CDU den Willen von Eltern und Kommunen lange ignoriert, spielte sie auf die Gemeinschaftsschule an.

Auch Sigrid Beer (Grüne) fand den Antrag der CDU nicht zielführend. Der Landtag habe sich gemeinsam für einen sorgfältigen und gelingenden Prozess entschieden. Daher gelte es, die Balance zu wahren zwischen einer verständlichen Ungeduld der Elternseite und der Notwendigkeit, Schulen konzeptionell und durch Lehrerfortbildungen vorzubereiten. Was die Verantwortung des Landes betreffe, habe die Regierung bereits die 600 Stellen abgesichert, die für den Integrationszuschlag benötigt würden, darüber hinaus 326 Stellen zum Ausbau des gemeinsamen Unterrichts bewilligt. Für mehr finanzielle Hilfe des Bundes müsse man das Bundessozialgesetzbuch entsprechend anpassen.

Den Eindruck großer Verunsicherung in den Kommunen teile ihre Fraktion mit der CDU, erklärte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Der Antrag beschreibe die Problemlage treffend. Die Abgeordnete sah sich in Warnungen bestätigt:

Das habe man nun davon, Hoffnungen geweckt zu haben, man könne in relativ kurzer Zeit alle Wünsche nach inklusivem Lernen erfüllen. Kritikwürdig am CDU-Antrag fand Pieper-von Heiden allerdings das Drängen auf gesetzliche Grundlagen. „Qualität geht vor Schnelligkeit“, sagte sie. Die sonderpädagogische Forderung dürfe nicht den Bach hinuntergehen. Außerdem gelte es, die begrenzten finanziellen Spielräume des Landes zu berücksichtigen.

Gunhild Böth (Linke) verstand die Intention der CDU. Die Kommunen bräuchten gerade in der Debatte über Veränderungen der Schulstruktur Zielvorstellungen und Leitlinien für das weitere Vorgehen bei der Inklusion. Ob aber eine kurzfristige gesetzliche Grundlage erforderlich sei, wisse sie nicht. Klar sei aber: Der staatliche Auftrag zur Inklusion, der sich aus der UN-Charta ergebe, gelte auch für die Kommunen als Teil des Staats. Im Antrag vermisste die Linke die Frage der Personalbesetzung, der Mitbestimmung und der Arbeitsbedingungen für die sonderpädagogischen Lehrkräfte. Sie regte an, diese Aspekte in die weiteren Beratungen mit einzubeziehen.

„Ihr Antrag mag gut gemeint sein, ist aber kontraproduktiv“, sprach Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) die CDU an. Die geforderte Klärung wolle auch sie, halte sich aber an beschlossene Vorgaben. Deshalb laufe ein engagierter Abstimmungsprozess mit allen Beteiligten. Vieles substantiell Notwendige könne man aber erst jetzt, nach Verabschiedung des Haushalts, anpacken, weil es Geld erfordere, etwa wissenschaftliche Gutachten. Diese hälften, grundsätzliche Fragen für einen Landesinklusionsplan zu klären. Löhrmann warb für einen „Prozess, der sorgfältig und systematisch angegangen werden muss. Das tun wir. Das sage ich aus voller Überzeugung.“ sow

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 15/1793) zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen. Sozial- und Kommunalausschuss sollen mitberaten.

Für europäische Verdienste ...

... wurde der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (l.) ausgezeichnet. Der Präsidenten der Stiftung „Merite europeen“, Jacques Santer (2.v.r.), überreichte ihm im Beisein von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (r.) und der Ehrenpräsidentin der Stiftung, Ursula Braun-Moser (2.v.l.), die goldene Verdienstmedaille und dankte für seinen Einsatz für den europäischen Einigungsprozess. Zu Europa gebe es keine Alternative, betonte Santer, von 1995 bis 1999 Präsident der EU-Kommission. Auch für Rüttgers ist nach seinen eigenen Worten „das Projekt Europa noch nicht zu Ende“.

Foto: Schälte

„Keine Krücke, sondern eine Brücke“

Beiratsmodell soll islamischen Religionsunterricht als Schulfach ermöglichen

29. Juni 2011 – Rund 320.000 junge Menschen islamischen Glaubens lernen an Schulen in NRW. Um ihnen islamischen Religionsunterricht als Schulfach anbieten zu können, haben die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen einen Gesetzentwurf (Drs. 15/2209) auf den Weg gebracht. „Unabhängig von der Entwicklung der islamischen Organisationen zu Religionsgemeinschaften“ schlagen sie die Einrichtung eines Beirats vor, der, zunächst bis Ende 2018 befristet, die Einführung des Unterrichts begleiten und von den islamischen Religionsgemeinschaften sowie dem Schulministerium zu gleichen Teilen besetzt werden soll.

„Wir haben die Pflicht“, erklärte Michael Solf (CDU), „für die jungen Menschen muslimischen Glaubens die gleichen Bedingungen zu schaffen, wie sie für die jungen Menschen christlichen Bekenntnisses gelten.“ Die Einrichtung des islamischen Religionsunterrichts unter staatlicher Aufsicht sah er als eine „Tür zur Integration“. Wer will, dass Religionsgemeinschaften keine Parallelgesellschaften fördern, der muss ihnen Teilhabe am Gemeinwesen geben. Der islamische Religionsunterricht sei auch Auseinandersetzung mit dem „Glauben an sich“ und werde die Auseinandersetzung mit Glaubensfragen stärken, hoffte Solf.

Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts sei weniger eine Frage der Integration, sondern vielmehr der Toleranz, sagte Sören Link (SPD). Muslimische Schülerinnen und Schüler hätten ein Recht auf „ihren Religionsunterricht“. Den Gesetzentwurf bezeichnete Link als gute Grundlage, sah aber offene Fragen. So werde es noch dauern, bis genügend ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stünden. Wer dürfe in der Zwischenzeit unterrichten? Zudem müsse die Gleichwertigkeit des Religionsunterrichts an Schulen sichergestellt sein, auch wenn es „keine organisatorische Vergleichbarkeit“ zwischen den Religionen gebe.

Als „Meilenstein in der Integrationspolitik des Landes“ empfand Arif Ünal (Grüne) den Gesetzentwurf. Dieser basiere auf einem langen, interfraktionellen Diskussionsprozess zur Integrationsoffensive. Da der Islam ein Teil Deutschlands und Nordrhein-Westfalens sei, „können wir muslimische Kinder nicht anders behandeln als Kinder anderer Glaubensrichtungen“, so Ünal. Er lobte die Vorarbeiten der Deutschen Islamkonferenz, des Koordinierungsrates der Muslime und der drei Landesregierungen in den letzten zehn Jahren. Auch wenn das Gesetzgebungsverfahren gewisse Risiken berge, werde es bundesweit Beachtung finden.

„Die FDP begrüßt sowohl inhaltlich als politisch das Ziel der schrittweisen Einführung eines staatlichen islamischen Religionsunterrichts“, betonte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). Jedoch wolle ihre Fraktion zunächst eine Expertenanhörung im Landtag abwarten, um im rechtssicheren Raum entscheiden zu können. Die Konstruktion eines Beirats hielt sie für „rechtlich nicht unproblematisch“. Zudem habe sich bisher keiner der Verbände, die Vertreter für den Beirat benennen sollen, als Religionsgemeinschaft im verfassungsrechtlichen Sinne konstituiert. „Wir brauchen allerdings einen rechtsstaatlich gangbaren Weg“, sagte die Abgeordnete.

„Religion ist eine sehr private Angelegenheit“, erklärte Gunhild Böth (Linke) und plädierte deshalb dafür, Religion und Religionsunterricht außerhalb der Schule zu verorten. Sie sprach sich stattdessen für einen gemeinsamen Ethik- und Religionskunde-Unterricht aus. Darin könne man „Gemeinsamkeiten und die Differenzen herausarbeiten, indem Menschen unterschiedlicher religiöser Glaubensrichtungen miteinander sprechen“. Bezüglich des geplanten Beirats äußerte auch Böth „große verfassungsrechtliche Bedenken“. Zudem seien dort Organisationen vertreten, die unter bestimm-



Foto: Schälte

ten Aspekten auf der Liste des Verfassungsschutzes stünden.

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne), zeigte sich erfreut, dass NRW „einen entscheidenden Schritt für Gleichstellung, Toleranz und Integration“ gehe. Die Einrichtung eines Beirats sei „keine Krücke, sondern eine Brücke auf diesem gemeinsamen Weg“. Als Übergangslösung hielt sie ihn für notwendig, „damit wir als Land einen Partner haben, mit dem wir alles regeln können, was wir für den Religionsunterricht anderer Bekenntnisse auch geregelt haben“. Zugleich könne man nicht warten, bis die Muslime eine übergreifende und von allen akzeptierte Organisationsstruktur schaffen, die den christlichen Kirchen gleiche.

SW

Das Plenum hat den Gesetzentwurf (Drs. 15/2209) an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung federführend sowie an den Haupt- und Medienausschuss und den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration mitberatend überwiesen.

Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Prof. Dr. Dr. Thomas
Sternberg (CDU)



Sören Link (SPD)



Um die Bildungsgerechtigkeit zu stärken, ist es aus meiner Sicht geboten, ...

... jedem einzelnen Kind mit seinen Talenten und Interessen gerecht zu werden. Das gelingt am besten in einem vielfältigen Schulsystem mit vielen Anschlussmöglichkeiten, denn es kommt auf jedes Kind an.

... Bildungshürden abzubauen und viele Wege zu guten Schulabschlüssen zu ermöglichen. Bildung darf nicht vom sozialen Status der Schüler oder ihrer Eltern abhängen. Deshalb ist es richtig, dafür zu sorgen, dass mehr Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können.

Damit unser Schulsystem leistungsfähiger wird, ...

... muss Politik die besten Rahmenbedingungen insbesondere für eine qualitativ hochwertige Lehreraus- und -fortbildung schaffen; denn es kommt auch in den Schulen vor allem auf die Menschen an.

... brauchen wir ein Schulsystem, das individuelle Förderung nicht nur auf dem Papier verspricht. Deshalb bleibt es für uns dabei: Die demographischen Gewinne durch sinkende Schülerzahlen bleiben im System „Schule“ und werden dort beispielsweise für kleinere Lerngruppen oder eine Ausweitung des Sozialindex verwendet.

Die richtige Antwort auf den demographischen Wandel sehe ich in ...

... einem an der Ausbildung orientierten Verbund von Haupt- und Realschulen, der neben dem am Studium orientierten Gymnasium den Kindern und Jugendlichen entsprechende Lerninhalte vermittelt, aber auch einen Anschluss zur Oberstufe ermöglicht, denn wir wollen ortsnahe Schulvielfalt.

... einem flexiblen Schulgesetz, das pragmatisch wohnortnahe Schulangebote ermöglicht. Deshalb setzen wir auf die Gemeinschaftsschule als Weiterentwicklung des bestehenden Schulsystems. Wir wollen, dass die Schule im Ort bleibt, dies gilt besonders für die Grundschule; hier gilt für uns weiterhin: kurze Beine, kurze Wege!

Die Bildungskonferenz hat empfohlen, neue Schulformen oder auch organisatorische Verbünde zweier Schulen auf freiwilliger Basis zusätzlich anzubieten. Eine solche optionale Regelung halte ich für ...

... pragmatisch; denn wir wollen ruhige Weiterentwicklung, nicht täglich neue Unruhe in den Schulen.

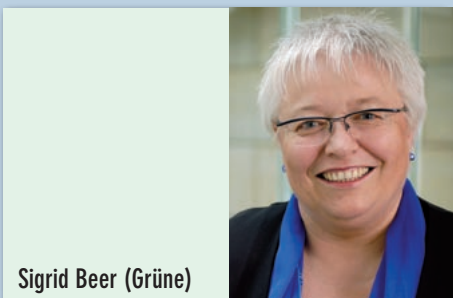
... für einen guten Weg, um vor Ort endlich zu den benötigten Lösungen bei den Schulangeboten zu kommen. In vielen Kommunen besteht großer Handlungsdruck, das vorhandene Schulsystem weiterzuentwickeln – und deshalb wären wir bereit, uns in einem schulpolitischen Konsens auf einen solchen Weg zu machen.

Hinsichtlich der Kompetenzen von Bund, Land und Kommunen sollte Schulpolitik ...

... wie im Grundgesetz festgelegt in der Verantwortung der Länder bleiben, die sich untereinander absprechen müssen. Eine bloße Zentralisierung brächte noch keine Verbesserungen. Wir sind kein kleines Land; denn Nordrhein-Westfalen hat so viele Einwohner wie die Schweiz, Österreich und Slowenien zusammen.

... unbedingt und zeitnah das widersinnige Kooperationsverbot kippen, damit die Kommunen auch mit Geld aus Berlin dringend nötige Bildungsinvestitionen tätigen können. Ansonsten halte ich es für sinnvoll, zentrale Standards auszuweiten, um die Anschlussfähigkeit der Bildungsgänge zu sichern.

Diesmal geht es um die Bildung.



... die Lernbarrieren abzubauen durch längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung konsequent zu entwickeln. Die soziale oder kulturelle Herkunft darf nicht länger über den Lernerfolg entscheiden. Die unterschiedlichen Talente brauchen eine anregende Lernumgebung und individualisierendes Lernen.

... brauchen wir mehr Ganztagschulen, um ein anderes Lernen möglich zu machen, anregende und herausfordernde Lernlandschaften sowie multiprofessionelle Teams. Eine bessere Lehrerbildung, die den Praxisteil stärker betont, und eine Fortbildungsoffensive unterstützen die Lehrkräfte bei den Aufgaben.

... der Ermöglichung von Gemeinschaftsschulen, um ein attraktives wohnortnahes Schulangebot in der Sekundarstufe I bei rückläufigen Schülerzahlen zu gewährleisten. Grundschulen sollten durch neu gestaltete Bedingungen für Lerngruppen, altersgemischten Unterricht und Schulverbände „im Dorf“ bleiben können.

... eine gute Grundlage für einen Schulkonsens, der Eltern und Kommunen sowie den Schulen verlässlich die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort gibt. Organisatorische Verbundschulen und integrative Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen sollten hinsichtlich ihrer Wirkung evaluiert werden.

... vom Bund für Aufgaben wie Inklusion und Ganztag Unterstützung bei den Investitionen erhalten. Schluss mit den unsinnigen FDP-Steuersenkungsdebatten! Wir brauchen mehr Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Schulpolitik ist Ländersache, kann nicht zentral verordnet werden, aber man muss effektiv kooperieren.



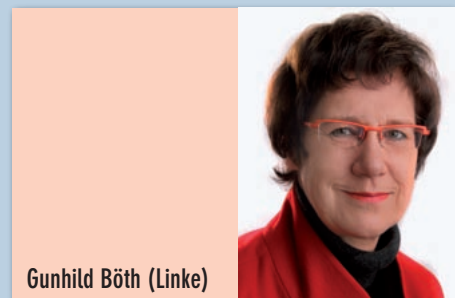
... die individuelle Förderung weiter zu stärken. Zudem ist eine konsequente Fortbildung zur Unterstützung der Lehrer notwendig. Um Chancen zu eröffnen, muss jeder einzelne Schüler unabhängig von Leistungsstand, Geschlecht und Herkunft die bestmögliche Förderung erhalten.

... darf es keine ideologisch motivierte Zerschlagung erfolgreich arbeitender Schulen geben. Genau das ist die Folge der rot-grünen Gemeinschaftsschule. Aus Sicht der FDP wird die Gemeinschaftsschule niemals die hohen Qualitätsstandards der Realschule erreichen können.

... einem freiwilligen Zusammenschluss von Schulformen der Sekundarstufe I bei Erhalt differenzierter Bildungsgänge und Sicherstellung der individuellen Förderung jedes Kindes. Die rot-grüne Gemeinschaftsschule bedroht aber Gymnasien, Realschulen und bestandsfeste Hauptschulen.

... Wildwuchs und Qualitätsgefährdung der Schullandschaft. Vergleiche werden dadurch erschwert und differenzierte Bildungsgänge zur Disposition gestellt.

... prioritäre Aufgabe der Länder bei größtmöglicher Eigenverantwortung und Freiheit der Schulen sein. Grundsätzlich ist eine finanzielle Unterstützung des Bundes wünschenswert, allerdings müssen die Verteilungshoheit und die Organisation von Programmen bei den Ländern verbleiben.



... Kita- und U3-Plätze kostenfrei zu stellen, damit kein Kind wichtige Entwicklungsimpulse verpasst. Im Schulsystem brauchen wir mehr „Eine Schule für Alle“, die alle zusammen individuell fördert. Wie das geht, kann man an der Laborschule Bielefeld sehen – dazu braucht man nicht nach Finnland!

... muss das Land die demographischen Gewinne im Schulsystem belassen und endlich einen Stufenplan „Kleine Klassen“ realisieren. Das würde individuelle Förderung ermöglichen, die Lehrkräfte entlasten, den Lärmpegel senken und kleine Schulen erhalten, damit wir in NRW keine schulfreien Zonen bilden.

... dem Erhalt kleiner Schulen mit kleinen Klassen, denn außer der besseren Förderung der Kinder stärkt dies auch den Stadtteil- oder dörflichen Zusammenhalt. Dazu müssen die Schulen über den Schulbetrieb hinaus kulturelle und soziale Zentren werden.

... dringend geboten, weil damit die Kommunen in den Stand gesetzt werden, ein ihren spezifischen Bedürfnissen und Wünschen gerechtes Schulwesen zu gestalten. Dies stärkt auch die dörfliche und Stadtteilentwicklung, für die sonst immer erst Programme aufgelegt werden, wenn es schon Probleme gibt.

... auch von Bundesprogrammen profitieren können. Dazu muss das Kooperationsverbot aufgehoben werden, damit nicht immer administrative Winkelzüge erfunden werden müssen, um die Bundesmittel den Kindern zugutekommen zu lassen. Schule sollte Keimzelle sozialräumlicher kommunaler Entwicklung werden.

Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte	Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte
15/2382	Änderung des Gesetzes zur Eingliederung der Versorgungstätiger in die allgemeine Verwaltung, LR	Vorschlag: Kommunal-ausschuss	1. Lesung 21.7.2011	15/2224	Änderung des Kommunal-abgabengesetzes, LR	Vorschlag: Schulausschuss	1. Lesung 21.7.2011
15/2381	Änderung des Gesetzes zur Regelung der personalrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Folgen der Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts, LR	Vorschlag: Kommunal-ausschuss	1. Lesung 22.7.2011	15/2209	Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, CDU, SPD, Grüne	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Anhörung im Herbst
15/2380	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 21.7.2011	15/2151	Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung im Herbst
15/2379	Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, LR	Vorschlag: Wirtschaftsausschuss	1. Lesung 22.7.2011	15/2150	Stiftung von Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen, LR	Innenausschuss	2. Lesung 21.7.2011
15/2371	Änderung des § 13 der Gemeindeordnung, CDU	Vorschlag: Kommunal-ausschuss	1. Lesung 20.7.2011	15/1929	Änderung des Kinderbildungsgesetzes, LR	Familien-ausschuss	2. Lesung 20.7.2011
15/2363	Änderung der Verfassung für NRW, SPD u. Grüne	Vorschlag: Medien-ausschuss	1. Lesung 20.7.2011	15/1924	Grunderwerbsteuer SPD und Grüne	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 20.7.2011
15/2362	Einführung der Gemeinschaftsschule, SPD, Grüne	Vorschlag: Schulausschuss	1. Lesung 20.7.2011	15/1915	6. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, CDU	Schulausschuss	Anhörung 14.9.2011
15/2359	Änderung der Landesbauordnung – , SPD, Grüne	Vorschlag: Bau-ausschuss	1. Lesung 22.7.2011	15/1876	Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr	Weitere Beratung bis 22.9.2011
15/2356	Gesetz zur Abschaffung der Hochschulräte, Linke	Vorschlag: Wissenschaftsausschuss	1. Lesung 21.7.2011	15/1875	Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes, LR	Wissenschaftsausschuss	Sachverständigen-gespräch 16.9.2011
15/2325	Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Justizministeriums	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 21.7.2011	15/1312	Erleichterung von Volksbegehren, SPD und Grüne	Innenausschuss	Beratung im Herbst
15/2225	Änderung des Gesetzes über die Seilbahnen, LR	Vorschlag: Bau-ausschuss	1. Lesung 20.7.2011	15/1068	Gesetz zur Änderung der NRW-Verfassung (Artikel 83), CDU	Haupt- und Medien-ausschuss	In Beratung
				15/977	Wasserentnahmentgeltgesetz, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 20.7.2011
				15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Ausschuss-beratung 21.9.2011
				15/474	Bibliotheksgesetz und Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Abstimmung ausgesetzt

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 29./30. Juni 2011 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
15/1930	Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes	alle Fraktionen	2. Lesung 29.6.2011	angenommen
15/1927	Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit	SPD, Grüne und FDP	2. Lesung 29.6.2011	angenommen
15/1690	Änderung des ÖPNVG NRW – Anpassung an Vorgaben der VO (EG) 1370/2007 zur Direktvergabe im Öffentlichen Personennahverkehr	CDU	2. Lesung 29.6.2011	angenommen
15/1644	Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des WDR-Gesetzes	Landesregierung	2. Lesung 30.6.2011	angenommen
15/1438	Gesetz über die vorübergehende Aufnahme ehemaliger Sicherungsverwahrter in Einrichtungen des Justizvollzuges	Landesregierung	2. Lesung 29.6.2011	angenommen
15/976	Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes – Kinderlärm –	Landesregierung	2. Lesung 29.6.2011	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Schweigender Kunststoff

Fachleute diskutieren über besseren Lärmschutz auf Autobahnen

6. Juli 2011 – Wie leise kann eine Autobahn sein? Ziemlich leise, so die Antwort der RWTH Aachen. Über Lärmschutz auf und an Bundesfernstraßen haben Fachleute im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr (Vorsitz Dieter Hilser, SPD) diskutiert. Anlass war ein Antrag von SPD und Grünen (Drs. 15/1313). Darin fordern sie die Landesregierung unter anderem dazu auf, das Parlament umfassend über die Lärmsituation an Autobahnen in Nordrhein-Westfalen zu informieren.

Ballungsräume und ein dichtes Autobahnnetz: Das mache Nordrhein-Westfalen zu einem besonders lärm-belasteten Bundesland, sagte Dr. Roman Suthold vom ADAC Nordrhein-Westfalen. Teilweise verlärmten durch die stadtnahe Straßenführung ganze Naherholungsgebiete, so Jürgen Eichel vom Verkehrsclub Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen. „Es ist unbestritten, dass es zu laut ist in diesem Land“, stellte ebenfalls Prof. Dr. Bernhard Steinauer vom Institut für Straßenwesen der RWTH Aachen fest. Und das werde in den kommenden Jahren auch auf den Autobahnen weiter deutlich zunehmen.

Eine Prognose, die nicht nur der Umwelt, sondern auch den Menschen direkt zu schaffen mache, betonte Axel Welge von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände

Nordrhein-Westfalen: „Lärm hat eine nicht unbeträchtliche Auswirkung auf die Gesundheit.“ Und nicht nur das: „Es gibt deutliche sozialstrukturelle Einflüsse von Stadtautobahnen“, erläuterte Sigmar Gude vom Planungsbüro Topos Stadtforschung die Ergebnisse einer nach seinen Angaben bisher weltweit einzigartigen Studie. Das zeige sich schon bei zwei gegenüberliegenden Straßenseiten: Diejenige, die näher an der lärmenden Autobahn liege, weise eine niedrigere Sozialstruktur auf, als die wenige Meter weiter entfernte. Neben den sozialgesundheitlichen Aspekten erinnerte Welge an die vielerorts klammen kommunalen Kassen. Teurer Lärmschutz an städtischen Straßen sei da häufig nicht drin. Er appellierte daher, auf Landesebene

neben den Autobahnen auch die städtischen Straßen in Sachen Lärmschutz nicht zu vergessen. Zudem schlug Welge vor, die Lärmpläne für kommunale, Landes- und Bundesstraßen enger miteinander zu verzahnen.

Seit Beginn der Schallschutzmaßnahmen in den 70er-Jahren sind laut Heike Pohl vom Landesbetrieb Straßen in Nordrhein-Westfalen rund 1,5 Milliarden Euro in die Lärmvorsorge (Straßenneubau) und 246 Millionen Euro in die Lärmsanierung von Bundesfernstraßen geflossen. Insgesamt bringe NRW es derzeit auf rund 800 Kilometer Schallschutzwände und rund 370 Kilometer Wälle. In diesem Jahr erhalte das Land wieder 14,3 Millionen Euro Lärmschutzmittel vom Bund – das sei fast ein Drittel des dafür ausgewiesenen Bundestopfes.

Während nach Ansicht von Dr. Wolfram Bartalomäus von der Bundesanstalt für Straßenwesen die Lärmbrennpunkte an Autobahnen mittlerweile weitgehend verschwunden sind, forderte Werner Kühkamp von der Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen, dass beim Lärmschutz an Autobahnen in Zukunft noch mehr passieren müsse.

So regte Eichel etwa an, bei Lebensmitteln mehr auf regionale Produkte zu setzen, um Lkw-Kilometer und damit Lärm zu vermeiden. Den Güterverkehr einfach auf die Schiene zu verlegen, bringe lärmtechnisch allerdings nichts, betonte Steinauer. Und auch ein Tempolimit sei wenig effizient, stellte Kühkamp fest. Denn um den Lärm merklich zu reduzieren, müsste sich das Verkehrsaufkommen quasi halbieren – das wäre wirtschaftlich schwierig. „Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum sind gekoppelt. Die kann man nicht ohne Weiteres entkoppeln“, gab Steinauer seiner Analyse Recht. Der Versuch, Verkehr zu vermeiden, sei genau deshalb der falsche Weg.

Andererseits betonte Suthold ähnlich wie Annette Zülich vom Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen: „Je näher man versucht, den Lärm an der Quelle einzudämmen, desto wirkungsvoller ist es.“ Bei einer Fahrgeschwindigkeit von unter 60 Stundenkilometern seien vor allem Motorengeräusche die Quelle – auf Autobahnen aber vor allem der Lärm der Reifen.

Leisere, beinahe schweigende Bodenbelege, das sei ein entscheidender Lärmhemmer, stimmte Steinauer zu: „Wir müssen als Ingenieure das Problem angehen.“ Die RWTH Aachen forsche derzeit an einem Bodenbelag für Autobahnen, leiser als Flüsterasphalt – gefördert durch das Bundesverkehrsministerium. „Wer sagt, dass es Asphalt oder Beton sein muss?“, fragte Steinauer. Ihm schwebe eine Kunststoffoberfläche mit vielen unregelmäßig verteilten Noppen vor. „Wir müssen daran denken: Wir wollen auf den Mars. Da müssen wir heute anfangen.“ *bra*

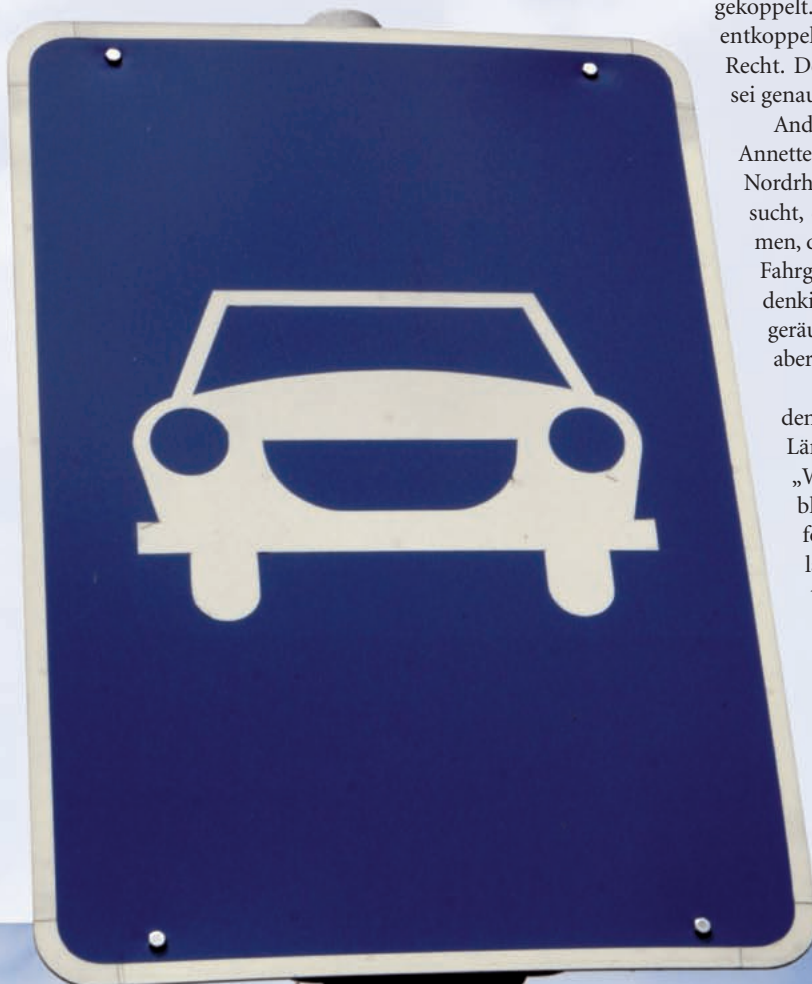


Foto: Schälte

+++ Meldungen +++

Abwasserrohre: Dichtung und Wahrheit?

6. Juli 2011 – Das Thema Dichtheitsprüfung beschäftigt weiterhin den Landtag. Der **Umweltausschuss** (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU) ging in einer Expertenanhörung der Frage nach, ob die in NRW beschlossene flächendeckende Kontrolle der Abwassersysteme überhaupt erforderlich sei. Interessensgemeinschaften vermissten wissenschaftliche Belege und sahen auch im EU-Recht keine Grundlage. Gleichzeitig greife dieses massiv in die Eigentumsrechte der Hauseigentümer ein. Rund 800 Euro für die Prüfung und mögliche 6.000 bis 10.000 Euro für die Sanierung könnten viele Menschen schlicht nicht aufbringen. Das Bundesumweltministerium begründete die Erfordernisse: Es gebe Erkenntnisse über stellenweise erhöhte Keimbelastung des Grundwassers, was mit versickernden Abwässern zusammenhänge. Außerdem gelte das Vorsorgeprinzip, nämlich zu handeln, bevor ein Schaden entstehe. Vertreter der Kommunen begrüßten, dass per Landtagsbeschluss und einem Ministeriumserlass die Frist für Hauseigentümer verlängert worden sei. Sie forderten allerdings landesweite Muster-Prüfbescheinigungen sowie Kriterien für die Feststellung der Sachkunde bei den Fachleuten.

Grunderwerbsteuer steigt

28. Juni 2011 – Die Grunderwerbsteuer soll zum 1. Oktober 2011 von 3,5 auf 5 Prozent erhöht werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird derzeit im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) beraten. Die 2. Lesung im Plenum ist am 20. Juli 2010 vorgesehen. In einer Anhörung betonten jedoch die geladenen Sachverständigen fast ausnahmslos, dass auf der Ausgabenseite angesetzt werden müsse, um die Haushalte des Landes und der Kommunen zu konsolidieren.

Sport verbindet

5. Juli 2011 – Sport könne etwas zur Integration von Ausländern und Migranten beitragen, so das Fazit der Professoren Christa Kleindienst-Cachay und Klaus Czachay im **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU). Sport helfe mit, dass sich Menschen besser kennenlernten, dass Sprache, ein Gefühl für die neue Heimat, vermittelt und dadurch ein besseres Miteinander erreicht werden. Solche Qualifikationen bedeuteten nicht nur eine gute Integration in die Sportvereine und

Mannschaften, sondern könnten den Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund auch helfen, ihre Chancen für die Eingliederung in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu erhöhen. Um dies zu erreichen, müsse in einem Sportverein das richtige Verhältnis an Migranten und Deutschen gefunden werden. Die Vereine könnten so angesichts zurückgehender Geburtenzahlen dennoch ihre Leistungsfähigkeit und Wettkampfstärke behalten. In der anschließenden



Illustration: Peter Flock

den Aussprache über die Umsetzung forderten die Wissenschaftler, die Politik müsse nicht an den moralischen und sozialen Auftrag, sondern an das Eigeninteresse der Vereine appellieren.

Kinder, Gelder, Diskussionen

12. Juli 2011 – „Gibt es einen Ausbaustopp für Familienzentren?“, wollte die FDP im **Familienausschuss** (Vorsitz Andrea Asch, Grüne) wissen und beantragte eine entsprechende Aussprache im Rahmen einer „dringlichen Frage“. Familienministerin Ute Schäfer (SPD) erklärte, die Landesregierung habe für dieses Haushaltsjahr die Mittel für die Familienzentren um 3,8 Millionen Euro auf 26,8 Millionen Euro erhöht. Man müsse erst mal dafür sorgen, dass die bereits vorhandenen rund 2.700 Familienzentren so finanziert werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen könnten. Allerdings würden dieses Jahr keine KITAS mehr in die freiwillige Förderung aufgenommen, um die Förderstruktur neu bewerten zu können. Die FDP kritisierte, die Maßnahmen seien zu kurzfristig getroffen worden, die

CDU befürchtete, die im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel könnten zumindest für einen weiteren Ausbau nicht ausreichen.

Streit über Aufklärung

13. Juli 2011 – Zu angeblichen Missständen in der Justizvollzugsschule in Wuppertal beantragten CDU und FDP im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) eine aktuelle Viertelstunde. NRW-Justizminister berichtete, die zuständigen Behörden würden alle Verantwortlichen sowie die 290 Absolventen befragen. Gegen zwei Ausbilder liefen derzeit Ermittlungsverfahren seitens der Staatsanwaltschaft. Nach Befragung von bislang 160 Absolventen hätten sich allerdings Informationen über systematische Misshandlungen nicht bestätigt. Daher gebe es keinen Anlass zur Hysterie, sondern wohl Anlass zur Aufklärung. Die Vertreter der Regierungsfractionen SPD und Grüne schlossen sich dieser Darstellung an. Peter Biesenbach (CDU) verwies dagegen auf die zahlreichen Berichte über Schikanen, die man im Internet nachlesen könne. Robert Orth (FDP) befürchtete, die Regierungsseite versuche, die Missstände „unter den Teppich zu kehren“.

Großveranstaltungen: Leitfaden für Kommunen

„Ein solches Unglück wie bei der Loveparade darf sich nicht wiederholen“, erklärte Innenminister Ralf Jäger (SPD) im **Innenausschuss** (Vorsitz Monika Düker, Grüne). Dort informierte er über die Arbeit einer Projektgruppe seines Ministeriums zur Sicherheit von Veranstaltungen im Freien, die für Kommunen einen Leitfaden zu Großveranstaltungen erarbeitet hat. Die Ausschussmitglieder begrüßten die Intention, den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen bei der Planung von Veranstaltungen anzuregen. Der CDU-Abgeordnete Peter Biesenbach warnte jedoch davor, den Leitfaden als „goldenes Ei“ zu betrachten. Die Praxistauglichkeit müsse sich noch zeigen. Thomas Stotko (SPD) betonte, mit dem Leitfaden sei NRW bundesweiter „Vorreiter“. Auch Matthi Bolte (Grüne) bewertete den Entwurf positiv. Für die FDP forderte Horst Engel, kritische Stimmen zur Sicherheit müssten zukünftig in den Verfahren ernst genommen werden. Anna Conrads (Linke) gab zu bedenken, dass der Leitfaden kein „Veranstaltungs-Verhinderungskonzept“ werden dürfe.

Silke Marzluff

Foto: Schälte

Dr. Norbert Wohlfahrt

Carla Gellert

Freiwillig engagiert

Landtag will ehrenamtliche Arbeit stärken

7. Juli 2011 – Seit dem Jahr 2009 laufen informelle Gespräche zwischen einigen Akteuren aus dem Umfeld des bürgerschaftlichen Engagements und den Landtagsfraktionen. Diese Gespräche sind nun im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (Vorsitz Margret Vosseler, CDU) in einen ersten offiziellen Austausch gemündet. Alle Fraktionen wollen bürgerschaftliches Engagement stärken. Aber wie?

Als Einstieg in die Diskussion umriss Silke Marzluff vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung einige Grundlinien des Themas. Sie unterschied das klassische, dauerhafte Ehrenamt vom modernen Engagement, für das sich viele Menschen projektbezogen und zeitlich befristet entschieden, die keine Lust auf „Vereinsmeierei“ hätten. Einen weiteren Trend sah sie darin, dass sich Engagement zunehmend in Organisationsstrukturen wie etwa Freiwilligendienste einbette. Den Staat verstand sie als wichtigen Akteur, der einen Rahmen setzen, die Bürger aber ins Zentrum stellen müsse. Neue, bisher kaum beteiligte Zielgruppen sah Marzluff in Jugendlichen, in Menschen zwischen Arbeit und Alter, die die Zeit nach der Berufstätigkeit mit Sinn füllen wollten, und auch in zugewanderten Bürgerinnen und Bürger sowie in Menschen mit Behinderungen.

„Die Engagementpolitik befindet sich auf einem Irrweg“, erklärte Prof. Dr. Norbert Wohlfahrt von der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe aus Bochum. Die politische Strategie, etwas von oben zu verordnen, behindere die Arbeit der Freiwilligen. Engagement entfalte sich in dezentralen Strukturen. Diese aber stünden unter enormem Ökonomisierungsdruck, was bürgerschaftliches Engagement einschränke, belaste und verdränge. Bürgerengagement sei aus durchsichtigen Motiven politisiert und instrumentalisiert worden. Es taue aber nicht als Mittel, um Integrations-, Finanzprobleme oder den demographischen Wandel zu bewältigen.

Organisationen wie etwa die Kölner Freiwilligen Agentur seien so selbstbewusst, dass sie sich nicht auf Haushaltsentlastungsmaßnahmen reduzieren ließen, entgegnete Dieter Schöffmann vom 3WIN Institut für Bürgergesellschaft. „Engagement entsteht genau da, wo es notwendig ist und nicht da, wo wir es notwendig finden“, argumentierte auch Wilfried Theißen vom Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW und ebenfalls Mitglied bei 3WIN, gegen eine Instrumentalisierung bürgerschaftlichen Engagements. Auch gebe es unterschiedliche Zugänge und Motivationen für freiwilligen Einsatz in der Gesellschaft, erklärte er wie alle anderen Sachverständigen und fügte hinzu: „Es ist völlig wurscht, warum sich jemand engagiert.“

EMPFEHLUNGEN

Die Expertinnen und Experten gaben den Abgeordneten Empfehlungen für die Landespolitik mit auf den Weg. Einen Schwerpunkt auf Bildung legte dabei Carla Gellert, die das Netzwerk „Lernen durch Engagement“ der Freudenberg Stiftung vertrat. Der Zugang zu ehrenamtlichem Engagement sei ungleich verteilt. Deshalb plädierte sie dafür, möglichst früh dort anzusetzen, wo man alle erreiche, nämlich in der Schule. Wenn das Themenfeld Bestandteil des Fachunterrichts würde, gebe es gute Chancen, es dauerhaft einzuüben. „Wer einmal infiziert ist, bleibt dabei“, wusste auch Marzluff zu berichten. Das Konzept des

sogenannten Servicelearning, das die Stiftung Freudenberg propagiert, sieht vor, Lerninhalte durch ehrenamtliches Engagement praktisch anzuwenden. Schließlich, fügte Gellert hinzu, bestehe der Bildungsauftrag von Schule nicht zuletzt darin, auf das Leben in der Demokratie vorzubereiten.

Marzluff gab weitere Handlungsempfehlungen für den Landtag. Politik sei gut beraten, Vernetzung und Austausch zu stärken und außerdem die Vielzahl der Ansätze zu bündeln. Gegen ein „Sammelsurium“ sprach sich auch Ulla Eberhard, ebenfalls 3WIN-Mitglied und Geschäftsführerin der Kölner Freiwilligen Agentur, aus. Sie schlug vor, unter breiter Beteiligung von relevanten Akteuren zu einer Engagementstrategie des Landes zu kommen, die innere Zusammenhänge definiere. Sie lobte die Ehrenamtskarte, die Kommunen in NRW an engagierte Menschen vergeben könnten, vermisste aber beispielsweise eine Förderung von Jugendfreiwilligendiensten. Marzluff schlug vor, weniger wohlhabende Menschen beim bürgerschaftlichen Einsatz finanziell zu unterstützen, damit dieser nicht beispielsweise am Fahrtgeld zum Einsatzort scheitere. Theißen argumentierte fiskalisch. Engagement, meinte er, sei im Haushalt von Städten und Gemeinden nicht als Ausgabe, sondern als Investition zu definieren. So könnten auch klamme Kommunen den Einsatz ihrer Bürgerinnen und Bürger fördern. Generell, erklärte er, fehle es nicht an Modellversuchen, sondern an einer verlässlichen Strukturförderung. sow

Schnupperkurs im Parlament

Der 4. Jugend-Landtag NRW: Lebhafte Debatten zu Schule und Alkoholkonsum

14. bis 16. Juli 2011 – „Ohne Jugend ist kein Staat zu machen“, betonte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg zum Auftakt des 4. Jugend-Landtags. Das ließen sich die 181 Nachwuchs-Abgeordneten nicht zweimal sagen und legten gleich nach der Begrüßung im Plenarsaal mit der parlamentarischen Arbeit los. Drei Tage lang konnten die Jugendlichen aus allen Regionen des Landes erleben, wie es ist, Volksvertreterin oder Volksvertreter im Landtag NRW zu sein – mit Fraktionssitzungen, Expertenanhörungen und Plenardebatten im prall gefüllten Terminkalender.

Die Motivation der Jugendlichen war groß, wie die Plenarsitzung am Samstagmorgen, der Höhepunkt des Jugend-Landtags, zeigte. Noch bis in den späten Freitagabend hinein hatten die jungen Leute an ihren Reden für das Plenum gefeilt, schließlich galt es, die Meinung der eigenen Fraktion inhaltlich und rhetorisch überzeugend zu vertreten.

IM ZENTRUM DER DEBATTE

So forderte die Grünen-Fraktion in einem Eilantrag, zukünftig beim Jugend-Landtag auf Getränke aus Plastikbechern zu verzichten und aus ökologischen Gründen Mehrwegbecher zu



„Ein bisschen nervös bin ich schon“, meint Tom Becker. Das Reden vor vielen Leuten ist er als Mitglied des Jugendrates seiner Stadt zwar gewöhnt, aber „das ist hier schon eine andere Liga“. Vor wenigen Stunden erst ist der 19-Jährige aus Remscheid im Landtag angekommen – und schon zum Vorsitzenden der SPD-Fraktion gewählt worden. So schnell kann es gehen beim Jugend-Landtag NRW. Den Parlamentsalltag im Zeitraffer können die jungen Leute hier erleben, und in Windeseile – etwas schneller als in der parlamentarischen Realität – an die Spitze einer Landtagsfraktion aufsteigen.

Was die Jugendlichen daran reizt? „Ich will lernen, mit verschiedenen Meinungen umzugehen“, meint Frederik Maximilian Lethmate, nun Vorsitzender der CDU-Fraktion. Gleich gegen 22 Mitbewerber musste sich der junge Mann bei den Wahlen in seiner Fraktion durchsetzen und freut sich nun auf „Debatten ohne Vorurteile“. Die hält auch René Reile als frisch gewählter Vorsitzender der Grünen-Fraktion für notwendig, denn „Politik sollte mehr Jugendthemen anfassend“. Dass beim Jugend-Landtag auch das Erlebnis nicht zu

kurz kommt, ahnt Luise Kixmöller als Vorsitzende der FDP-Fraktion. „Im echten Plenarsaal sitzen zu dürfen, das ist schon eine besondere Ehre.“ Das kann auch Emine Isik, Vorsitzende der Fraktion Die Linke, bestätigen und will andere Jugendliche zum Mitwirken in der Politik ermuntern: „Politik ist häufig sehr kompliziert. Aber gerade weil das so ist, sollten wir uns selbst engagieren und Politik verstehen lernen.“

Dazu hatten die 181 Teilnehmerinnen und Teilnehmer drei Tage lang Zeit. In der Düsseldorfer Volksvertretung standen ihnen alle Türen und Tore offen, die Arbeit des Landesparlaments in der Praxis kennenzulernen. Bei den „echten“ Abgeordneten hatten sie sich zuvor beworben, um beim 4. Jugend-Landtag mitmachen zu können. Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf Probe konnten sie schnell erfahren: Demokratie erfordert großen persönlichen Einsatz, denn parlamentarische Mehrheiten müssen organisiert, politische Positionen ausgetauscht und Entscheidungen öffentlich in Reden und Debatten begründet werden.

verwenden. Der Jugend-Landtag stimmte dem Eilantrag mehrheitlich zu. In drei aktuellen Stunden setzten sich die jungen Abgeordneten mit Programmen gegen Rechtsextremismus, mit der verkürzten gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre und den Folgen der Loveparade-Katastrophe im vergangenen Jahr auseinander.

Zwei Anträge hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zuvor in Fraktionssitzungen, Expertenanhörungen und Ausschusssitzungen detailliert beraten. Darin ging es um Maßnahmen gegen zunehmenden Alkoholkonsum unter Jugendlichen sowie die Berufsorientierung an den Schulen.

„ALKOHOLKONSUM EINSCHRÄNKEN“

Mehrheitlich sprach sich der Jugend-Landtag dafür aus, den Alkohol-Konsum unter Jugendlichen einzuschränken. So forderten die jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine „breite Aufklärung“ über Schäden und Gefahren bei Jugendlichen durch mehr Geld für Kampagnen zur Alkoholprävention. Weiterhin sollte die

Werbung für Alkohol im Rundfunk, mit Ausnahme des Sponsorings, bis 22 Uhr verboten und die Alterskontrollen in Verkaufsstellen ausgeweitet werden.

„Jugendliche müssen von sich aus erkennen, welche Folgen der Alkohol für Körper und Psyche hat“, sagte Sven Lombard (CDU). Er sprach sich jedoch gegen ein Werbeverbot aus, da dieses Freiheitsrechte beschränke und der Wirtschaft schade. Tobias Franken (CDU) ergänzte: „Wir leben nicht in einer Welt, die Probleme mit Verboten löst.“

„Verantwortungsvolles Handeln ist das Gebot der Stunde“, betonte Tim Brandt (SPD). Die Erhöhung finanzieller Mittel sei der richtige Weg, um Präventionsarbeit zu stärken und Jugend-

finanziellen Gründen nicht realisierbar. Sie forderte mehr Freizeitangebote für Jugendliche, um Alternativen aufzuzeigen. Langfristige Lösungen sah Can Aslan (Linke) in der Bekämpfung von Armut und „prekären Familienverhältnissen“.

„SCHULE ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN“

Mit großer Mehrheit forderte der Jugend-Landtag eine „gesetzliche Einführung von verpflichtenden Tagen zur Berufsfindung“ an den Schulen und ein zweiwöchiges Pflichtpraktikum. Außerdem solle es mehr Personal für Schulsozialarbeit und Schulpsychologie geben.

„Auch Schule selbst sollte dazu beitragen, Schüler bestmöglich bei ihrer Berufsorientierung zu unterstützen“, sagte Naomi Babar (FDP). Dass solche Veranstaltungen bisher freiwillig angeboten werden könnten, sei nicht gerecht. Babar sprach sich daher für verpflichtende Berufspraktika aus. Es komme auf realitätsnahe Einblicke in die Berufswelt an, argumentierte Jan Fischer (FDP).

„Die Berufsorientierung zählt zu den höchsten Hürden im Leben eines jungen Menschen“, erklärte Seyda Kurt (Linke). Umso wichtiger sei eine Unterstützung durch „wirtschaftliche und politisch neutrale und unabhängige Beratung“ für Schülerinnen und Schüler. Außerdem seien Schulpsychologen wichtig, um Probleme zwi-

Fotos: Schälte



liche zu sensibilisieren. Dazu gehöre auch ein Werbeverbot für Alkohol. „27.500 Jugendliche mussten im vergangenen Jahr wegen Alkoholmissbrauchs ins Krankenhaus“, hob Aaron Püttmann (SPD) hervor.

Bianca Drepper (Grüne) zeigte sich erfreut über die Zustimmung aller Jugendlichen zum Antrag. Verstärkte Aufklärung solle generell Vorrang haben vor Verboten. „Wir möchten Konsumenten nicht kriminalisieren.“ Ein Werbeverbot sei allerdings sinnvoll. „Mehr Aufklärung statt Verbot“, forderte auch ihr Fraktionskollege Moco Ippers. Verbote würden den Reiz des Konsums unter Jugendlichen eher fördern.

„Es ist nicht zu akzeptieren, dass Erwachsene ihrer Vorbildfunktion gegenüber Jugendlichen nicht gerecht werden“, sagte Leonhard Meyer-Schickerath (FDP). Die gesamte Gesellschaft trage Verantwortung für einen umsichtigen Umgang mit Alkohol. „Unser aller Schwerpunkt ist die Prävention“, sah Annabelle Stauß (FDP) einen Konsens zwischen den Fraktionen.

Prävention beginne schon in der frühkindlichen Erziehung, meinte Emine Isik (Linke). Ein Konsumverbot sei jedoch aus personellen und

„Utopisch“ nannte Joel Scharff (CDU) den Vorschlag, an jeder Schule in Nordrhein-Westfalen eine Stelle für eine Schulpsychologin oder einen Schulpsychologen einzurichten. Das sei finanziell mit Blick auf den Landeshaushalt und die entstehenden Kosten in erheblicher Höhe nicht machbar. „Wer bezahlt diese Psychologen?“, fragte auch Florian Merker (CDU).

„Es ist wichtig und richtig, die Berufsorientierung den Bedürfnissen der Jugendlichen anzupassen und ab der achten Klasse jährlich durch die öffentliche Hand zu organisieren“, fand der SPD-Fraktionsvorsitzende Tom Becker. Dazu gehörten allgemeine Informationen und praktische berufliche Erfahrungen. Ein Sozialarbeiter solle jeder Schule bei Bedarf zur Seite stehen, meinte Umut Cansit (SPD).

Falsche oder fehlende Berufsberatung sah Maria Wagner (Grüne) als Grund für eine häufig fehlende berufliche Perspektive unter Jugendlichen. Vorhandene Beratungsangebote müssten daher koordiniert gestaltet werden, um jungen Menschen Orientierung zu bieten. „Es gibt viel mehr Berufe als die meisten Jugendlichen wissen“, erklärte Sören Bröcker (Grüne).

schen Lehrenden und Lernenden zu lösen, fügte Jessica Karli (Linke) hinzu.

ERFAHRUNGEN

Ob der Jugend-Landtag nun ein Startschuss für die eigene politische Karriere ist? Die meisten Probe-Abgeordneten wollten diese Perspektive nicht ausschließen, „auch wenn wir ja noch jung sind und sich uns noch viele andere Möglichkeiten bieten“, wie etwa die 18-jährige Anke Schlemmer nach den Debatten meinte. „Die Arbeit im Parlament ist jedenfalls nicht trist, wie es manchmal heißt“, fügte Carina Marie Bräutigam, eine 16-jährige Teilnehmerin, hinzu. Politisch interessiert dürften sie alle bleiben, auch mit Blick auf das parlamentarische Geschehen im Landtag NRW. Denn die Entscheidungen des Jugend-Landtags sollen in den kommenden Monaten auch von den Fachausschüssen des Landtags beraten werden. Somit besteht die Möglichkeit, dass die Positionen der Jugendlichen in zukünftige Initiativen des Landesparlaments einfließen.

SW

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

NRW braucht mehr Windenergieleistung, aber nicht gegen die Interessen der Anwohner und Kommunen

Die Windkraft hat beim Umstieg auf erneuerbare Energien eine hohe Bedeutung. Sie wird in Nordrhein-Westfalen auf absehbare Zeit den größten Beitrag zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien leisten. Der notwendige Ausbau der Windenergie muss mit Rücksicht auf die Interessen der Anwohner und mit dem Ziel eines bestmöglichen Schutzes der Landschaft vollzogen werden. Besonders gut können wir uns ein Repowering, also den Ersatz alter Windenergieanlagen durch neue, leistungsfähigere Anlagen, sowie neue Anlagen auf Konversionsflächen, entlang von Verkehrswegen wie Autobahnen und Bahnstrecken sowie in gewerblich vorgeprägten Bereichen vorstellen – so, wie der Windenergieerlass von Oliver Wittke das bereits zu Beginn unserer Regierungszeit vorgesehen hat!

Wer Ja sagt zu einer dezentral strukturierten, auf erneuerbare Energien setzenden Versorgung, darf nicht gleichzeitig Nein sagen zu den notwendigen natur- und kulturlandschaftlichen Folgen seiner Entscheidung. Es kommt jetzt darauf an, den Umbau möglichst so zu gestalten, dass von vornherein bewahrens- und schützenswerte Güter berücksichtigt werden.

Man darf nicht verhehlen, dass Nordrhein-Westfalen für die Windkraft nicht das prädestinierteste Land ist. Die pauschale Vorgabe der Landesregierung, zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft-Konzentrationszonen vorzuhalten, hält die CDU-Landtagsfraktion für falsch. Das würde bedeuten, dass jede der 396 Städte und Gemeinden im Durchschnitt mehr als 170 Fußballfelder als Windvorrangfläche ausweisen müsste. Bei intelligentem Management ist es möglich, mehr installierte Windenergieleistung auf weniger Fläche bei weniger Anwohnerbeeinträchtigung zu erreichen – und das, ohne, wie Umweltminister Rammel es vorhat, die kommunalen Interessen einzuschränken.

Die finanzielle und die organisatorische Beteiligung der Bürger an den Stromerzeugungsanlagen vor Ort erhöht nicht nur die Akzeptanz, sondern ist aus unserer Sicht ein sehr gutes Mittel dafür, Wertschöpfung als Ausgleich für die veränderten Landschaften in der jeweiligen Kommune zu belassen. ■

Es geht voran! Ein Jahr rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen

Vor zwölf Monaten stand unser Land vor einer völlig ungewohnten Situation: Wenige Wochen nach der Landtagswahl haben SPD und Bündnis90/Die Grünen eine neue Landesregierung gebildet, der eine Stimme zur absoluten Mehrheit fehlt. Das hatte es in NRW noch nicht gegeben. Nicht wenige haben diesen Schritt für ein Wagnis ohne große Zukunft gehalten. Zwölf Monate nach dem Amtsantritt der rot-grünen Koalition mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft an der Spitze hat die SPD im Düsseldorfer Landtag nun eine Zwischenbilanz vorgelegt. Fazit: Wir haben viel bewegt in diesem Jahr; Schritt für Schritt leiten wir Verbesserungen ein.

Wir investieren vor allem in die Zukunft unserer Kinder und der Familien. So haben wir begonnen, unser Bildungssystem leistungsfähiger und vor allem gerechter zu gestalten. Unser Ziel ist die Beste Bildung für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Das ist die beste Vorsorge für den Einzelnen und die beste Vorsorge für unser Land. Deshalb haben wir die Studiengebühren abgeschafft und den Einstieg in die Gebührenfreiheit in den Kitas beschlossen. Wir haben den massiven Ausbau der Betreuungspätze für Kinder unter drei Jahren auf den Weg gebracht. Mit der Gemeinschaftsschule bieten wir ein zukunftssicheres Schulmodell an, das auf die sinkenden Schülerzahlen in vielen Städten reagieren kann und gleichzeitig ein qualifiziertes, wohnortnahes Angebot für alle Schülerinnen und Schüler garantiert. Das große Interesse vor allem im ländlichen Raum zeigt: Dies ist ein gutes Konzept.

Wir investieren in die Lebensfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Gerade in den Kommunen erfahren die Menschen unmittelbar, wie unser Gemeinwesen funktioniert, wo es Chancen bietet und wo Risiken und Schwachstellen lauern. Deshalb arbeiten wir an der Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. In der Broschüre „Es geht voran! Ein Jahr rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen“ finden Sie zu diesen und weiteren Themen die wichtigsten Entscheidungen und Projekte des vergangenen Jahres. Sie kann kostenlos bei der Pressestelle der SPD-Fraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, bestellt werden. Natürlich findet man sie auch im Internet: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de ■



Auswärtserfolg: Grüne Fraktion besucht Spiel der Deutschen Nationalmannschaft!



Zwar steht der Landtag in Düsseldorf, manchmal muss sich jedoch auch die Politik auf den Weg zu einem „Auswärtsspiel“ machen. Große Teile der Grünen Landtagsfraktion waren daher am 7. Juli zu Gast im Borussia-Park in Mönchengladbach. Zusammen mit über 40.000 anderen Zuschauerinnen und Zuschauern sahen die Grünen dort einen 4:2 Sieg der deutschen Frauen gegen Frankreich.

Nachdem die ersten beiden WM-Spiele gegen Kanada und Nigeria nur knapp gewonnen wurden, zeigte sich die Mannschaft gegen die Französinen stark verbessert und siegte souverän. Gutes Wetter und eine hervorragende Stimmung im Stadion trugen ihr Übriges zu einem gelungenen Ausflug bei. Wie sich im Nachhinein herausstellen sollte, war die Partie mit Abstand das beste Spiel der Deutschen bei der Heim-WM.

Doch nicht nur im Stadion, auch im Landtag setzten sich die Grünen mit der WM 2011 auseinander. So beleuchtete eine Veranstaltung der sportpolitischen Sprecherin Josefine Paul, bei der unter anderem die ehemalige Spielerin und jetzige Trainerin Martina Voss-Tecklenburg zu Gast war, Geschichte und Perspektiven des Frauenfußballs in Deutschland. Doch wie es nach dem frühen WM-Aus und der verpassten Olympia-Qualifikation konkret weitergehen wird, wird sich in den nächsten Jahren erst zeigen. Das Potenzial des Frauenfußballs ist auf alle Fälle noch lange nicht ausgeschöpft. ■



FDP-Fraktion feiert Sommerfest

Mit mehr als 500 Gästen hat die FDP-Fraktion im Landtag ihr traditionelles Sommerfest gefeiert. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke begrüßte hochrangige Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik. Zu den Gästen zählte auch Daniel Bahr, Gesundheitsminister und Vorsitzender der FDP-NRW.

Fraktionschef Papke ließ in seiner Begrüßungsrede nicht nur das erste Jahr unter der rot-grünen Landesregierung Revue passieren, sondern insbesondere auch die Ereignisse der Wortbruch-Affäre der SPD im Parlament. Die SPD hatte in der Debatte über WestLB ein Fairness-Abkommen mit der Opposition gebrochen und dennoch keine Mehrheit für ihren Antrag erzielt. Papke betonte, dass die Instabilität der Minderheitsregierung ein Jahr nach Amtsantritt voll zu Tage trete. „Zum ersten Mal hat die Linkspartei der Regierung die Unterstützung verweigert. Und prompt stand die Landesregierung im Regen und war völlig hilflos.“ Die FDP habe stets davor gewarnt, mit Unterstützung der Linkspartei zu regieren. Auch bei der Restrukturierung der WestLB hätten sich die Befürchtungen der FDP bestätigt. „Seit vielen Jahren hat die FDP als einzige politische Kraft davor gewarnt, welche Risiken für die Steuerzahler entstehen, wenn der Staat glaubt, der bessere Banker zu sein.“ Durch das unzureichende Verhandlungsergebnis der Landesregierung würden nun die Milliardenlasten beim Steuerzahler abgeladen.

Der FDP-Landeschef Daniel Bahr stellte die Zusammenarbeit von Partei und Fraktion heraus und lobte die Arbeit der Fraktion. „Die Arbeit der Fraktion ist pointiert in der Sache und klar im Kurs.“ FDP und CDU hätten die Landesregierung durch die erfolgreiche Klage gegen den Nachtragshaushalt 2010 bei ihrer katastrophalen Haushaltspolitik gestellt. ■



Beitragsfreiheit und Qualität in Kitas sind zwei Seiten einer Medaille



Dr. Carolin Butterwege (Linke)

Erfreut zeigt sich Dr. Carolin Butterwege, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, über das Einlenken der Landesregierung bei den Beratungen zum 1. KiBiz-Änderungsgesetz. „Kindertagesstätten sind Teil der

öffentlichen Daseinsvorsorge. Gebührenfreie Kitas und gute Arbeitsbedingungen für die Angestellten dort sind für DIE LINKE zwei Seiten einer Medaille. Das sehen auch die Eltern so“, weiß die Fachabgeordnete aus zahlreichen Elterngesprächen. Doch bisher legten SPD und Grüne den Schwerpunkt allein auf die Beitragsfreiheit. „Dass die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten so nicht mehr hinnehmbar sind, diese Erkenntnis scheint sich auch langsam bei der Landesregierung durchzusetzen“, konstatiert Butterwege.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wurden daher die Investitionen in die Personalverbesserungen (die sogenannte U3-Pauschale) um 24 Millionen Euro aufgestockt. Zudem gilt die U3-Pauschale künftig unbefristet, auch über 2012 hinaus. Für DIE LINKE ist diese erste Stufe der KiBiz-Reform im Kindergartenjahr 2011/2012 „ein Schritt in die richtige Richtung“. Doch zahlreiche durch das KiBiz verursachte Probleme sind noch ungelöst: Die Konnexitätsverhandlungen zwischen Land und Kommunen, das Finanzierungssystem der Kindpauschalen, der schleppende U3-Ausbau – dies sind nur einige der Herausforderungen, die in der zweiten Stufe der Revision bewältigt werden müssen.

Doch auch neben diesen grundlegenden Problemen ist der Nachbesserungsbedarf enorm: „Die Kitas brauchen ein Landesausbauprogramm für den Ganzttag – nur so können sie personell und räumlich den wachsenden Ansprüchen gerecht werden“, meint Butterwege und kritisiert die Verzögerungstaktik der Landesregierung. „Kinder haben ein Recht auf gute Betreuung, Erziehung und Förderung. Weitere Verbesserungen dürfen daher nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern müssen schon im Kindergartenjahr 2012/2013 greifen!“ ■





Landtag unterwegs in Nordrhein-Westfalen

4. Juli 2011: Südwestfalen

Der Landtag vor Ort

Präsidium reist in die Regionen – Startschuss in Südwestfalen

4. Juli 2011 – Nah dran sein an den Menschen: Das ist das Motto des Landtags Nordrhein-Westfalen. Über 70.000 Menschen besuchen jährlich das Parlament in Düsseldorf. Mit dem neuen Programm „Landtag unterwegs“ reist das fünfköpfige Präsidium nun selbst regelmäßig in die Regionen des Landes. Um von der Arbeit des Landtags zu erzählen, aber auch, um sich selbst ein Bild von Chancen und Problemen vor Ort zu machen. Den Anfang machte Südwestfalen.



Am Biggesee

Fotos: Schälte

„Wir wollen damit deutlich machen, dass Landespolitik natürlich in erster Linie in Düsseldorf, in der Landeshauptstadt stattfindet. Aber Nordrhein-Westfalen ist auch ein großes Flächenland. Und deswegen gehen wir in die unterschiedlichen Regionen“, erklärte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU) das Ziel von „Landtag unterwegs“.

Altena, Olpe und Siegen: Das waren die Stationen der ersten Landtagstour. Im Mittelpunkt standen Projekte der Regionale 2013. Südwestfalen hatte für dieses Strukturförderprogramm vor drei Jahren den Zuschlag des Landes erhalten und präsentiert sich als jüngste Region Deutschlands. Erst vor wenigen Tagen war der Staffelfstab von der Regionale 2010 im Raum

Köln/Bonn an Südwestfalen übergegangen. Der Hochsauerlandkreis, der Märkische Kreis und die Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein und Soest haben sich im Jahr 2007 zur Region Südwestfalen zusammengeschlossen.

„Wir holen die Burg ans Lenneufer“, so heißt eines der Regionale-Projekte in Altena. Klingt kompliziert, soll aber vor allem spannend sein: Mit einem unterirdischen Erlebnisaufzug will die Stadt ihre Burg mit der Innenstadt verbinden. Wie wichtig dieses Projekt für die langfristige Entwicklung von Altena auch wegen der stark schrumpfenden Einwohnerzahl ist, darüber sprachen Eckhard Uhlenberg, Carina Gödecke (1. Vizepräsidentin), Oliver Keymis (2. Vizepräsident), Angela Freimuth (3. Vize-

präsidentin) und Gunhild Böth (4. Vizepräsidentin) mit Bürgermeister Andreas Hollstein und Landrat Thomas Gemke. Mit dabei waren auch Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Anwohnerinnen und Anwohner.

Wie den sauerländischen Biggesee aus seinem Dornröschenschlaf wecken? Damit beschäftigte sich das Präsidium in Olpe. Bürgermeister Horst Müller und Ortsvorsteher Horst Bethke erzählten, wie sie die Gegend rund um den See zum Magneten für Touristen machen wollen.

Große Pläne hat auch Siegen: Hier kommen Teile der Universität in die Innenstadt, der Ringlokschuppen soll sich zum Kultur- und Begegnungszentrum wandeln und die Sieg in der City wieder zum Vorschein kommen. Während Bürgermeister Mues den Umbau der Betonplatte über der Sieg schilderte, betonte Landrat Paul Breuer den besonderen Wert der Regionale für Südwestfalen, nämlich Kommunen und Wissenschaft sowie Wirtschaft und Weiterbildung stärker miteinander zu vernetzen.

Höher, schneller, weiter: Über Chancen und Risiken der Regionale für Südwestfalen diskutierten die fünf Parlamentsspitzen rund um Uhlenberg dann auch in einer Talkrunde im historischen Siegener Rathaus – moderiert von der Leiterin des WDR-Studios Siegen, Beate Schmies. Schon der „heute erlebte, ganz kleine Ausschnitt aus dem großen Projekt Regionale Südwestfalen hat uns beeindruckt“, waren sich die Parlamentsspitzen einig.

Als geborener Südwestfale blieb Uhlenberg in seinem persönlichen Fazit aber auch selbstkritisch: „Jedes Jahr zeigen die Wettkämpfe im Eiskanal von Winterberg, dass jeder Bob nur so gut wie sein Team ist. Um im Bild zu bleiben: Stärken und Potenziale des ‚Bobs Südwestfalen‘ wurden oft kaum ausgeschöpft. Es ist hohe Zeit, das zu verändern.“ Dies sei eine Aufgabe der Politik – in den Rathäusern, in den Kreistagen und auch in der Landespolitik. Nur so könne NRW die Stärken Südwestfalens gerade auch als Industrieregion auf Dauer bewahren.

Zum Abschluss trug sich das Präsidium ins Goldene Buch der Stadt Siegen ein – und hinterließ auch sonst einen bleibenden Eindruck: mit der Wanderausstellung des Landtags. Noch bis Mitte Juli können sich Bürgerinnen und Bürger damit vor Ort im Rathaus über die Arbeit des Landtags informieren. *bra*



Im Erlebnisaufzug in Altena



In Altena



In Siegen



Im Rathaus Siegen

Porträt: Armin Laschet (CDU)



Armin Laschet ist ein Unikat. Als wahrscheinlich einziger Politiker in Deutschland hat der Aachener Christdemokrat in allen Parlamenten gearbeitet: 15 Jahre Stadtrat, vier im Bundestag, sechs im Europa-Parlament, fünf Jahre als NRW-Integrationsminister in Kabinett und Bundesrat und seit 2010 Landtagsabgeordneter in Düsseldorf. Als Jürgen Rüttgers dem damals 44-jährigen Europapolitiker 2005 das Amt des bundesweit ersten Integrationsministers antrug, erkannte der agile Laschet seine Chance. Es brauchte nicht lange, da war Senkrechtstarter Laschet ein gefragter Gast in den abendlichen TV-Talkshows.

„Ich bin in die Politik gegangen, um etwas zu verändern“, beschreibt Laschet sein Credo. In der eigenen Partei hat der Unionspolitiker mit seinen Thesen zur Integration der Zuwanderer zunächst dicke Bretter bohren müssen. Nach der Integration der Vertriebenen und

der Wiedervereinigung steht für Laschet aber die Integration der Zuwanderer weit oben auf der Agenda. In der Europa-Ausgabe der türkischen Zeitung „Hürriyet“ schreibt Laschet eine wöchentliche Kolumne, in der er den Alltag der Menschen beschreibt – bis hin zum rheinischen Karneval.

Das letzte Jahr verlief für den höhenerprobten Armin Laschet nicht ohne Tiefen. Nach der Abwahl der Regierung Rüttgers bewarb sich der Rheinländer erfolglos um das Amt des Oppositionsführers. Am Ende hatte Karl-Josef Laumann knapp die Nase vorn. Auch Laschets Kandidatur für den CDU-Landesvorsitz gegen seinen Parteifreund Norbert Röttgen ging nach einer spannenden Bewerbungstour hauchdünn gegen Laschet aus. Der Aachener wurde mit dem Amt des 1. stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden entschädigt.

In der Politik hält er es im Prinzip mit dem Motto des SPD-Urgesteins Franz Müntefering: „Opposition ist Mist“. Die Oppositionszeit bietet allerdings die Möglichkeit, die eigene Programmatik deutlich zu machen und einen Gegenentwurf zur Regierung zu entwickeln. „Wir dürfen nicht so tun, als ob wir ein bisschen Mitregierung sind“, warnt Laschet seine Partei vor einem Kuschelkurs gegenüber der rot-grünen Minderheitsregierung.

Der karrierebewusste Polit-Strategen hat seinen eigenen Kopf. Von 1994 bis 1998 zählte der Jurist im Bundestag zum Kreis der „Jungen Wilden“, die im Gegensatz zum damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl schon früh für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts eintraten. Laschet gilt als Verfechter einer schwarz-grünen Option der CDU und pflegt intensive Kontakte zu grünen Politikern. In Aachen hob Laschet als

CDU-Kreisvorsitzender gemeinsam mit seinem Freund Reiner Priggen eine schwarz-grüne Koalition aus der Taufe.

Laschet, 1961 in der Kaiserstadt geboren, ist überzeugter Aachener. Nach dem Abitur ging Laschet zum Jurastudium nach Bonn und München. Beim Bayerischen Rundfunk absolvierte der Rheinländer eine Ausbildung zum Journalisten und arbeitete als freier Journalist. 1991 wurde Laschet Chefredakteur der Aachener Kirchenzeitung und 1995 Verlagsleiter. Als Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken pflegt der Christdemokrat seine langjährigen Kontakte zur Kirche. Seit 1999 ist Laschet zudem Lehrbeauftragter an der RWTH Aachen im Bereich Europapolitik. In der CDU übt Laschet seit November 2010 das Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden aus, bereits seit 2008 sitzt er im CDU-Bundesvorstand.

Block E 04, Reihe 27, Platz 5 – wer den vielbeschäftigten Armin Laschet am Samstag treffen will, findet ihn häufig bei Heimspielen der schwarz-gelben „Kartoffelkäfer“ im Tivoli beim Fußball-Zweitligisten Alemannia Aachen. Gemeinsam mit seinen Söhnen verpasst Laschet möglichst keinen Auftritt der Kicker.

Natürlich sitzt der prominente Politiker aus dem Drei-Länder-Eck im Direktorium zur Verleihung des Internationalen Karlspreises. Daneben ist der Intellektuelle Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaft und Künste in Salzburg. Dass Laschet das Querdenken schon in jungen Jahren nicht fremd war, macht eine seiner ersten beruflichen Stationen deutlich. Parallel zu den journalistischen Anfängen arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der reformfreudigen Präsidentin des Deutschen Bundestags, Rita Süssmuth (CDU). Seitdem wirbt der liberale Modernisierer und Vertreter der Großstadt-CDU für die Öffnung der Partei hin zu einem zeitgemäßen Konservatismus.

Wilfried Goebels

NRW-Polen Jahr

Anlässlich des NRW-Polen-Jahres traf sich die Parlamentariergruppe Polen des Landtags unter Leitung von Werner Jostmeier (Mitte) mit dem polnischen Botschafter Dr. Marek Prawda (4.v.l.) und dem Staatssekretär im polnischen Innenministerium, Tomasz Siemoniak (3.v.l.). In Berlin erörterten sie Möglichkeiten, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zwischen NRW und Polen weiter zu vertiefen. In NRW leben 200.000 Bürgerinnen und Bürger mit polnischen Wurzeln.

Foto: Dietsch



Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Redaktionelle Mitarbeit:
Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marc Herter MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrud Beer MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Özlem Alev Demirel MdL (Linke), Parlamentarische Geschäftsführerin; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Florian Kaiser (Linke), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 20. Juli bis 27. September 2011

21.7. Steininger-Bludau, Eva (SPD)	60
23.7. Müller, Holger (CDU)	64
23.7. Stotz, Marlies (SPD)	52
23.7. Abruszat, Kai (FDP)	42
25.7. Scheffler, Michael (SPD)	57
1.8. Lück, Angela (SPD)	52
9.8. Sagel, Rüdiger (LINKE)	56
9.8. Maaßen, Martina (GRÜNE)	48
10.8. Krückel, Bernd (CDU)	47
17.8. Kopp-Herr, Regina (SPD)	54
17.8. Verpoorten, Andrea Christina (CDU)	38
18.8. Ruhkemper, Cornelia (SPD)	57
21.8. Freifrau von Boeselager, Ilka (CDU)	67
21.8. Jostmeier, Werner (CDU)	61
27.8. Voussem, Klaus (CDU)	41
29.8. Doppmeier, Ursula (CDU)	59
1.9. Möbius, Christian (CDU)	45
2.9. Dahm, Christian (SPD)	48
7.9. Dr. Geerlings, Jörg (CDU)	39
10.9. Moritz, Arne (CDU)	42
15.9. Dr. Berger, Stefan (CDU)	42
16.9. Beuermann, Bärbel (LINKE)	56
16.9. Altenkamp, Britta (SPD)	47
17.9. Dr. Hachen, Gerd (CDU)	59
17.9. Dr. Walter-Borjans, Norbert*	59
21.9. Hilser, Dieter (SPD)	58
26.9. Schittges, Winfried (CDU)	65
27.9. Dr. Petersen, Jens (CDU)	41

* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

30.7. Dr. Schwericke, Jürgen (CDU)	80
1.8. Thoben, Christa (CDU)	70
3.8. Dr. Heugel, Klaus (SPD)	75
8.8. Giesen, Peter (CDU)	90
13.8. Kessel, Dietrich (SPD)	70
28.8. Moron, Edgar (SPD)	70
3.9. Nolzen, Karl Heinz (SPD)	85
3.9. Sohns, Eberhard (SPD)	75
16.9. Leifert, Albert (CDU)	75
24.9. Hardt, Heinz (CDU)	75
25.9. Dr. Eckhold, Heinz-Jörg (CDU)	70

Treffen & Termine

18.9. Weltkindertag 2011
21.9. Festveranstaltung 40 Jahre Fachhochschule
24.7., 31.7., 7.8., 14.8., 21.8., 28.8., 4.9., 11.9.,
25.9. Besuchersonntage

Nächstes Plenum mit einer neuen Ausgabe
von Landtag Intern: 28.-30.9.2011

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälät Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 21. Juli 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Auf den Flügeln der Kunst

Kunst lässt Menschen zu sich finden und zugleich über sich hinauswachsen – Kunst verleiht sozusagen Flügel. Davon erzählt auch die Ausstellung „Phantasien aus Metall – Träume aus Glas“, die bis zum 25. Juli 2011 in der Bürgerhalle des Landtags NRW zu sehen ist. Gezeigt werden künstlerisch gestaltete Gegenstände aus Holz, Metall und/oder Glas, entstanden in der Jugendhilfe-Werkstatt Solingen. Diese hilft seit nunmehr 20 Jahren Jugendlichen, eine Perspektive zu vermitteln, die sie aus ganz unterschiedlichen Gründen selber nicht gefunden haben. – „Jugendliche, die sich aber nicht hängen lassen, sondern bereit sind, Versäumtes nachzuholen und durch Förderunterricht Lücken zu schließen“, betonte denn auch Vizepräsidentin Carina Gödecke bei der Ausstellungseröffnung.

Foto: Schälte